

Amtsblatt der Europäischen Union

C 184



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

53. Jahrgang

8. Juli 2010

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I Entschließungen, Empfehlungen und Stellungnahmen	
	EMPFEHLUNGEN	
	Europäische Zentralbank	
2010/C 184/01	Empfehlung der Europäischen Zentralbank vom 1. Juli 2010 an den Rat der Europäischen Union zu den externen Rechnungsprüfern der Národná banka Slovenska (EZB/2010/6)	1
	IV Informationen	
	INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Europäische Kommission	
2010/C 184/02	Euro-Wechselkurs	2
	INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN	
2010/C 184/03	Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft — Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr (Änderung) ⁽¹⁾	3

DE

Preis:
3 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2010/C 184/04	Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft — Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen ⁽¹⁾	4

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-Überwachungsbehörde

2010/C 184/05	Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich der Finanzierung des Fitnesscenters im Kippermoen Leisure Centre	5
2010/C 184/06	Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich des Verkaufs eines Grundstücks durch die Gemeinde Asker an die Asker Brygge AS	20

V Bekanntmachungen

VERWALTUNGSVERFAHREN

Europäische Kommission

2010/C 184/07	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EAC/10/10 — Programm für lebenslanges Lernen — Unterstützung für zwei Wettbewerbe zur Förderung des Sprachenlernens durch kurze audiovisuelle Produktionen	29
---------------	---	----

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2010/C 184/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5908 — Honeywell/Sperian) ⁽¹⁾	31
---------------	---	----



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Entschlüssen, Empfehlungen und Stellungnahmen)

EMPFEHLUNGEN

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EMPFEHLUNG DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

vom 1. Juli 2010

an den Rat der Europäischen Union zu den externen Rechnungsprüfern der Národná banka Slovenska

(EZB/2010/6)

(2010/C 184/01)

DER EZB-RAT —

gestützt auf die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (nachfolgend „ESZB-Satzung“), insbesondere auf Artikel 27.1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Jahresabschlüsse der Europäischen Zentralbank (EZB) und der nationalen Zentralbanken werden von unabhängigen externen Rechnungsprüfern geprüft, die vom EZB-Rat empfohlen und vom Rat der Europäischen Union genehmigt werden.
- (2) Das Mandat der gegenwärtigen externen Rechnungsprüfer der Národná banka Slovenska endete nach der Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2009. Es ist deshalb erforderlich, ab dem Geschäftsjahr 2010 externe Rechnungsprüfer zu bestellen.

- (3) Die Národná banka Slovenska hat Ernst & Young Slovakia, spol. s r.o. als externe Rechnungsprüfer für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014 ausgewählt —

HAT FOLGENDE EMPFEHLUNG ERLASSEN:

Es wird empfohlen, Ernst & Young Slovakia, spol. s r.o. als externe Rechnungsprüfer der Národná banka Slovenska für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014 zu bestellen.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 1. Juli 2010.

Der Präsident der EZB
Jean-Claude TRICHET

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

7. Juli 2010

(2010/C 184/02)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,2567	AUD	Australischer Dollar		1,4821
JPY	Japanischer Yen		109,56	CAD	Kanadischer Dollar		1,3311
DKK	Dänische Krone		7,4532	HKD	Hongkong-Dollar		9,7913
GBP	Pfund Sterling		0,83190	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,8160
SEK	Schwedische Krone		9,6160	SGD	Singapur-Dollar		1,7480
CHF	Schweizer Franken		1,3312	KRW	Südkoreanischer Won	1	536,73
ISK	Isländische Krone			ZAR	Südafrikanischer Rand		9,6505
NOK	Norwegische Krone		8,1010	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		8,5169
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	HRK	Kroatische Kuna		7,1913
CZK	Tschechische Krone		25,548	IDR	Indonesische Rupiah	11	408,78
EEK	Estnische Krone		15,6466	MYR	Malaysischer Ringgit		4,0459
HUF	Ungarischer Forint		284,47	PHP	Philippinischer Peso		58,512
LTL	Litauischer Litas		3,4528	RUB	Russischer Rubel		39,1503
LVL	Lettischer Lat		0,7095	THB	Thailändischer Baht		40,818
PLN	Polnischer Zloty		4,1220	BRL	Brasilianischer Real		2,2422
RON	Rumänischer Leu		4,2318	MXN	Mexikanischer Peso		16,3773
TRY	Türkische Lira		1,9632	INR	Indische Rupie		59,1290

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft

Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr (Änderung)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 184/03)

Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich
Flugstrecken	Oban-Coll Oban-Colonsay Oban-Tiree Coll-Tiree
Datum des Inkrafttretens der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen	2. März 2007
Anschrift, bei der der Text und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Argyll and Bute Council Council Offices Kilmory Lochgilphead Argyll PA31 8RT Scotland UNITED KINGDOM Tel. +44 1546604141 Fax +44 1546606443 (Ansprechpartner: Sandy Mactaggart, Development and Infrastructure Services) E-mail: sandy.mactaggart@argyll-bute.gov.uk

Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft

Ausschreibung für die Durchführung von Linienflugdiensten aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 184/04)

Mitgliedstaat	Vereinigtes Königreich
Flugstrecken	Oban-Coll Oban-Colonsay Oban-Tiree Coll-Tiree
Laufzeit des Vertrags	1. Oktober 2010-31. März 2014
Frist für die Angebotsabgabe	2 Monate nach dem Datum der Veröffentlichung dieser Mitteilung
Anschrift, bei der der Text der Ausschreibung und andere einschlägige Informationen und/oder Unterlagen im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausschreibung und den geänderten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angefordert werden können	Argyll and Bute Council Council Offices Kilmory Lochgilphead Argyll PA31 8RT Scotland UNITED KINGDOM Tel. +44 1546604141 Fax +44 1546606443 (Ansprechpartner: Sandy Mactaggart, Development and Infrastructure Services) E-mail: sandy.mactaggart@argyll-bute.gov.uk

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM BETREFFENDE INFORMATIONEN

EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE

Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich der Finanzierung des Fitnesscenters im Kippermoen Leisure Centre

(2010/C 184/05)

Mit Beschluss Nr. 537/09/KOL vom 16. Dezember 2009, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie von dem Beschluss unterrichtet.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Stellungnahmen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard 35
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die Stellungnahmen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Am 27. Januar 2009 teilten die norwegischen Behörden aus Gründen der Rechtssicherheit die nicht als Beihilfemaßnahme zu wertende Finanzierung des Fitnesscenters im Kippermoen Leisure Centre (im Folgenden als „das KLC“ bezeichnet) mit. Zwei an die norwegischen Behörden gerichtete Auskunftersuchen wurden beantwortet.

Das KLC wurde in den 1970er-Jahren errichtet. Es liegt in der Stadt Mosjøen, einem Teilort der Gemeinde Vefsn in der Provinz Nordland, der am zweitnördlichsten Provinz Norwegens. Eigentümer des Freizeitzentrums ist die Gemeinde Vefsn; das KLC besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit.

Ursprünglich hatte das Freizeitzentrum aus einem Hallenbad, einem Solarium, einer Sporthalle und einem Fitnesscenter bestanden. 1997 wurde das KLC (einschließlich des Fitnesscenters) modernisiert und erweitert. In den Jahren 2006 und 2007 wurde das Fitnesscenter nochmals erweitert.

Neue oder bestehende Beihilfe

Da für die Finanzierung des Fitnesscenters im KLC eine staatliche Beihilfe gewährt wurde, stellt sich die Frage, ob diese Maßnahme eine neue oder eine bestehende Beihilfe darstellt.

Das KLC wurde seit seiner Errichtung Anfang der 1970er-Jahre von der Gemeinde Vefsn direkt finanziert. Darüber hinaus wurde das KLC seit seiner Errichtung stets aus den Einnahmen aus verschiedenen von der Gemeinde festgesetzten Nutzungsgebühren finanziert. Diese Finanzierungsmethode bestand bereits vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens am 1. Januar 1994 und konnte daher als eine bestehende Beihilfe im Sinne von Teil II Artikel 1 Buchstabe b Ziffer i des Protokolls 3 angesehen werden.

Zwar sollten — den bereitgestellten Informationen zufolge — die Erweiterungsmaßnahmen der Jahre 2006 und 2007 auf der Grundlage des gleichen Finanzierungsmechanismus finanziert werden wie die Betriebskosten, doch liegen der Behörde keine hinreichend konkreten Informationen darüber vor, wie die Erweiterungsmaßnahmen des Jahres 1997 finanziert wurden.

Außerdem wurde nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens das Ticketsystem geändert. Die Änderungen hatten offenbar Auswirkungen auf den Preis, die Art der angebotenen Tickets und das System zur Verteilung der Einnahmen aus dem Ticketverkauf. Der Behörde liegen über diese Entwicklungen keine konkreten Informationen vor, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass mit den Änderungen in irgendeiner Form eine neue Beihilfe verbunden ist.

Was den Begünstigten der Beihilfe angeht, so war hinsichtlich der betroffenen Räumlichkeiten die Ausstattung des Fitnesscenters nach den der Behörde vorliegenden Informationen ursprünglich eher bescheiden gewesen. Somit stellt sich die Frage, ob die in den 1970er-Jahren bestehenden Sporteinrichtungen lediglich entsprechend der veränderten Nachfrage verbessert wurden, oder ob das Fitnesscenter in seiner jetzigen Form als neue Einrichtung anzusehen ist. Nach Auffassung der Behörde ist das derzeitige Fitnesscenter nicht nur wesentlich größer, sondern es bietet auch ein deutlich größeres Spektrum an Fitnessaktivitäten als das alte Fitnesscenter mit seiner bescheidenen Ausstattung. Die Behörde hat daher Zweifel, ob nicht durch die Erweiterungsmaßnahmen der Jahre 1997 bzw. 2006/2007, die nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens durchgeführt wurden, der Charakter des Fitnesscenter-Betriebs verändert wurde. Nach der Rechtsprechung bedeutet eine Ausweitung des Tätigkeitsumfangs nicht grundsätzlich, dass eine Maßnahme neue Beihilfen betrifft. Dennoch konnte die Behörde angesichts der offensichtlich umfangreichen Veränderungen und der Erweiterung des Tätigkeitsspektrums des Fitnesscenters ⁽¹⁾ nicht ausschließen, dass bei der Einstufung der Beihilfe eine Änderung eingetreten sein könnte.

Vorliegen einer staatlichen Beihilfe

Vorteile durch staatliche Mittel, die einem Unternehmen gewährt wurden

Die Gemeinde Vefsn trägt das jährliche Defizit des KLC zur Gänze. Gemeindemittel sind staatliche Mittel im Sinne von Artikel 61 des EWR-Abkommens. ⁽²⁾ Das Fitnesscenter wird aus Benutzergebühren finanziert, die von der Gemeinde so festgelegt und verteilt werden, dass ein Einnahmenüberschuss entsteht, wohingegen die übrigen Betriebe des KLC ein Defizit erwirtschaften. Da keine klare Kontentrennung besteht, kann die Behörde eine Quersubventionierung des Fitnesscenters nicht ausschließen.

Das Fitnesscenter erhält auch Mittel der Norsk Tipping AS, eines Glücksspielunternehmens, das sich zu 100 % im Besitz des norwegischen Staats befindet und dem Ministerium für Kultur und Kirchenangelegenheiten unterstellt ist ⁽³⁾. Die Gelder aus dem Glücksspiel werden unter staatlicher Aufsicht eingenommen, verwaltet und verteilt und stellen damit im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens staatliche Mittel dar.

Außerdem könnte es sein, dass das Fitnesscenter aus Mitteln der Provinz Nordland finanziert wird.

Das zum KLC gehörige Fitnesscenter wird als ein normales Fitnesscenter betrieben und ist somit offenkundig als Unternehmen anzusehen. Wenngleich die norwegischen Behörden argumentiert haben, dass für das Fitnesscenter keine staatliche Beihilfe im Sinne der Rechtsprechung in der Rechtssache Altmark gewährt wird, kann die Behörde gegenwärtig nicht ausschließen, dass dem Fitnesscenter im KLC durch die Finanzierung ein Vorteil gewährt wird.

Wettbewerbsverzerrung und Beeinträchtigung des Handels zwischen den Vertragsparteien

Der Vorteil, der dem Fitnesscenter im KLC gewährt wird, droht anscheinend den Wettbewerb im Fitnesscenter-Markt zu verfälschen. Allerdings hat die Behörde Zweifel, ob die Maßnahme im Sinne von Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens den Handel innerhalb des EWR zu beeinträchtigen droht. Im Allgemeinen erbringen Fitnesszentren eine Dienstleistung, für die aufgrund ihres Charakters nur in einem begrenzten Gebiet Interesse besteht. Das Fitnesscenter im KLC scheint nicht so einzigartig zu sein, als dass es Besucher aus größeren Entfernungen anziehen würde. Es liegt in der am zweitweitesten nördlich gelegenen Provinz Norwegens etwa 60 km Straßenkilometer von der schwedischen Grenze entfernt. Allerdings sind offenbar einige wenige Unternehmen, die im Handel innerhalb des EWR tätig sind, auf dem norwegischen Fitnesscenter-Markt aktiv. Andererseits tendieren diese Unternehmen anscheinend dazu, sich eher in dichter besiedelten Gegenden Norwegens niederzulassen.

⁽¹⁾ Siehe Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ABl. C 257 vom 27.10.2009, S. 1, Ziffern 25-31 und 80 ff.

⁽²⁾ Siehe Entscheidung Nr. 55/05/KOL der Behörde, Abschnitt II.3., S. 19, mit weiteren Verweisen, veröffentlicht in ABl. L 324 vom 23.11.2006, S. 11, und in der EWR-Beilage Nr. 56 vom 23.11.2006, S. 1.

⁽³⁾ Siehe Jahresbericht 2008 der Norsk Tipping AS, S. 3. Abrufbar unter <https://www.norsk-tipping.no/page?id=207>

Vereinbarkeit der Beihilfe

Die Behörde bezweifelt, dass der Betrieb eines offenbar zumindest weitgehend normalen Fitnessstudios eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 des EWR-Abkommens darstellen kann.

Außerdem hegt die Behörde Zweifel daran, dass die Finanzierung des Fitnesscenters — wie von den norwegischen Behörden angeführt — auf der Grundlage der Ausnahmeregelung für den Bereich der Kultur gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des EWR-Abkommens mit dem EWR-Abkommen vereinbar sein kann.

Nicht zuletzt zweifelt die Behörde daran, dass die Finanzierung der Erweiterungsmaßnahmen der Jahre 1997 und 2006/2007 gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c und der Kapitel des Leitfadens der Behörde für regionale Beihilfen ganz oder teilweise mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens vereinbar sein kann.

Schlussfolgerung

In Anbetracht der vorstehenden Erwägungen hat die Behörde beschlossen, bezüglich der von der Gemeinde Vefsn für das Fitnesscenter im KLC gewährten Mittel das förmliche Prüfverfahren gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zu eröffnen. Interessierte werden aufgefordert, ihre Stellungnahmen innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu übermitteln.

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION

No 537/09/COL

of 16 December 2009

to initiate the procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement with regard to the financing of the fitness centre at the Kippermoen Leisure Centre

(Norway)

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY ⁽¹⁾,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽²⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice ⁽³⁾, in particular to Article 24 thereof,

Having regard to Article 1(2) of Part I and Articles 4(4) and 6 of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement ⁽⁴⁾,

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as the Authority.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as the EEA Agreement.

⁽³⁾ Hereinafter referred to as the Surveillance and Court Agreement.

⁽⁴⁾ Hereinafter referred to as Protocol 3.

Having regard to the Authority's Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement ⁽¹⁾, and in particular the Chapters on Public service compensation ⁽²⁾ and National Regional Aid ⁽³⁾ thereof,

Having regard to the Authority's Decision of 14 July 2004 on the implementing provisions referred to under Article 27 of Part II of Protocol 3 ⁽⁴⁾,

Whereas:

I. FACTS

1. Procedure

By letter dated 27 January 2009, the Norwegian authorities notified a measure financing the publicly owned fitness centre at the Kippermoen Leisure Centre (KLC) (*Kippermoen Idrettssenter*), pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3. The letter was registered by the Authority the 28 January 2009 (Event No 506341).

By email dated 3 March 2009 (Event No 511153), the Norwegian Association for Fitness Centres (NAFC) (*Norsk Treningssenterforbund*) submitted comments to the notification.

By letter dated 27 March 2009 (Event No 511172), the Authority forwarded the comments from NAFC to the Norwegian authorities and requested additional information. By letter dated 29 May 2009 (Event No 520013), the Norwegian authorities replied to the information request. By letter dated 29 July 2009 (Event No 525457), the Authority requested additional information from the Norwegian authorities. By letter dated 9 September 2009 (Event No 529846), the Norwegian authorities replied to the information request.

The Authority and the Norwegian authorities discussed the notification in a meeting in Oslo on 16 September 2009. By email dated 28 September 2009, the Authority requested further information and clarifications, to which the Norwegian authorities replied by email dated 29 September 2009 (the two emails are archived as Event No 531832).

2. The KLC

2.1. *Overview of the development of the KLC*

The KLC was established in the 1970s. It is located in the city of Mosjøen which is part of the municipality of Vefsn, in the county of Nordland. The centre is owned by the municipality and is not organised as a separate legal entity.

Initially, the centre consisted of two separate buildings, one hall encompassing an indoor swimming pool with a solarium and a sports hall. Furthermore, the KLC housed a modestly equipped fitness centre.

The two halls of the KLC were managed separately until 1992, when the department of culture at Vefsn municipality started coordinating the management of the two halls. In the same year, the municipality of Vefsn initiated a project in cooperation with the county municipality of Nordland aiming to increase the physical activity of the general population in the county.

⁽¹⁾ Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the Authority on 19.1.1994, published in the *Official Journal of the European Union* (hereinafter referred to as OJ) L 231, 3.9.1994, p. 1 and EEA Supplement No 32, 3.9.1994, p. 1 as amended. Hereinafter referred to as the State Aid Guidelines. The updated version of the State Aid Guidelines is published on the Authority's website (<http://www.eftasurv.int/state-aid/legal-framework/state-aid-guidelines>).

⁽²⁾ Adopted by the Authority by Decision No 328/05/COL of 20.12.2005, published in OJ L 109, 26.4.2007, p. 44 and EEA Supplement No 20, 26.4.2007, p. 1.

⁽³⁾ The Chapter on National Regional Aid 2007–13 was adopted by the Authority by Decision No 85/06/COL of 6.4.2006, published in OJ L 54, 28.2.2008, p. 1 and EEA Supplement No 11, 28.2.2008, p. 1 and is applicable from 1 January 2007 onwards. Prior to that date, reference must be made to the provisions of the Chapter on National regional aid adopted by Decision No 316/98/COL of 4.11.1998, published in OJ L 111, 29.4.1999, p. 46 and EEA Supplement No 18, 29.4.1999, p. 1.

⁽⁴⁾ Decision No 195/04/COL of 14 July 2004 (published in OJ L 139, 25.5.2006, p. 37 and EEA Supplement No 26, 25.5.2006, p. 1), as amended. A consolidated version of the Decision can be found online (<http://www.eftasurv.int>).

In 1997, as a consequence of a broadening of the cooperation with the county municipality under the so-called FYSAK programme, Vefsn municipality arranged for an expansion and renovation of the entire KLC, including the fitness centre.

In 2006 and 2007, the fitness centre was expanded with an annexe (*Mellombygningen*) linking together the existing buildings of the KLC. Furthermore, squash courts were established at the KLC. Nowadays, the KLC comprises a combined football and multi-purpose hall (*Mosjøhallen*) and outdoors facilities such as a toboggan run and a shooting range, in addition to the sports hall and the hall with indoor swimming pool established in the early 1970s and the fitness centre. However, the notification submitted by the Norwegian authorities only concerns the fitness centre.

2.2. *The financing of the KLC and its fitness centre*

Since its foundation in 1970s, the municipality of Vefsn has financed the KLC over the municipal budget. Moreover, since its foundation, the KLC has been financed by the revenues generated from fees levied on users. The prices are set by decisions of the municipal council of Vefsn. At the present time, individual users are charged a fee for the use of the fitness centre, squash courts, swimming pool and the solarium, and can choose among different types of season tickets and single tickets granting access to the various facilities. The Norwegian authorities have explained that the current system of allocation of ticket revenue entails that all revenue generated from the sale of all-access season tickets is allocated to the fitness centre. The revenue stemming from the various single tickets, including those granting access to the fitness centre, is allocated to the other facilities at the KLC. Groups of users, like local schools, seem to be charged for the use of the facilities at the KLC on a cost basis, where the compensation paid seems to be allocated to the relevant facility. In the years 2006-08, the total annual revenue generated by user fees represented between NOK 3,6 and 3,7 million. The Norwegian authorities state that approximately NOK 2,6 million (approximately 70 %) of this revenue has been allocated to the fitness centre ⁽¹⁾.

From 2000, the municipality of Vefsn intended that the fitness centre part of the KLC was to be self-financed in the sense that the revenue generated from the fees levied on users of the fitness centre should cover all its costs. In order to ensure that the fitness centre part of the KLC is self-financed, the municipality has attempted to keep separate accounts for the fitness centre and the other activities of the KLC, where the fitness centre carries a proportionate share of common costs. However, a complete separation of accounts does not yet seem to be fully implemented ⁽²⁾.

According to the annual accounts of 2006-08, the fitness centre at the KLC has operated with an annual profit of between NOK 700 000 and 900 000 on account of the revenue generated by the user fees. In contrast to the fitness centre, the KLC as a whole, operates with an annual deficit. This annual deficit is covered by the operating budget of the municipality of Vefsn.

According to the NAFC, the KLC has received grants from the county municipality of Nordland. Despite the request made by the Authority, the Norwegian authorities have not provided any information regarding whether, and in that case how, these funds have been allocated to KLC and whether they were spent for the fitness centre or for other premises within the KLC.

The two expansions of the whole KLC in 1997 and 2006/07 have been financed through various sources. Regarding the 1997 expansion, it was mainly financed by a NOK 10 million loan. The Authority received no information on the identity of the lender, the terms of the loan or how it was serviced ⁽³⁾. Additionally, the expansion seems to have been financed by gaming funds granted by *Norsk Tipping AS* ⁽⁴⁾.

The 2006/07 expansion was partly financed through a NOK 10 million bank loan with an interest based on three year government bonds plus 1 % ⁽⁵⁾, a proportionate part of which was intended to be serviced by the fitness centre. The expansion was further financed by NOK 4 million of gaming funds from

⁽¹⁾ See letter from Norwegian authorities dated 29.5.2009 (Event No 520013) p. 11.

⁽²⁾ Ibid p. 12.

⁽³⁾ See letter from the municipality of Vefsn to the Norwegian competition authorities dated 3.11.1998, p. 3 (added as sub-Appendix 2 to Appendix 2 of the letter from the Norwegian authorities dated 27.1.2009 (Event No 506341)). The expansion was apparently also financed through other sources, but these funds were seemingly earmarked for areas of the KLC that were not connected to the fitness centre.

⁽⁴⁾ L.c.

⁽⁵⁾ For 2007 the interest rate on three year government bonds was 3,74 %, consequently the interest rate for 2007 was (3,74 % + 1 %) 4,74 %.

Norsk Tipping AS, which were mainly, but apparently not exclusively, used to finance the expansion of other parts of the KLC ⁽¹⁾.

2.3. Legal basis for the financing of the KLC

The legal basis for the financing of the KLC including the fitness centre, seems to be decisions made by the municipal council of Vefsn. According to the budgetary decisions made by Vefsn municipality, ever since the KLC was established in 1970s the operating costs of the KLC have been partly covered by the municipality's operating budget. The two expansions of 1997 and 2006/07 also seem to have been undertaken in accordance with decisions made by the municipality of Vefsn.

3. Comments by the Norwegian authorities

The Norwegian authorities argue that the fitness centre is run as a part of the municipal healthcare service and provides a service of general economic interest. Since 1997, the municipality of Vefsn has operated the KLC under the FYSAK programme — a programme managed by the county municipality of Nordland in order to aid the municipalities of Nordland in fulfilling their obligations to promote health in accordance with the Municipal Health Service Act ⁽²⁾. According to its Article 2(1) the municipality has a legal obligation to provide 'necessary healthcare' to anyone residing or temporarily staying within the area of the municipality. According to Articles 1(2) and 1(4), the Norwegian municipalities shall prevent and treat diseases, injuries and other health problems, and when providing such services, the municipalities shall promote public health, public well-being and the quality of the general social environment.

The Norwegian authorities hold that the financing of the fitness centre at the KLC merely represents compensation for services rendered by the fitness centre which is provided in line with the *Altmark* criteria ⁽³⁾. Consequently, it does not constitute aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

In any event, the Norwegian authorities argue that the financing of the fitness centre at the KLC, as far as it could be held to constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, must be considered compatible either as a public service compensation on the basis of Article 59(2) of the EEA Agreement, or alternatively as a cultural measure on the basis of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement.

4. Comments from the NAFC

The NAFC has submitted comments to the notification. The association holds that the fitness centre at the KLC has received State aid within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement. As to the sources of such aid, the NAFC claims that the fitness centre has been allocated State resources from the municipality of Vefsn, Norsk Tipping AS and the county municipality of Nordland.

The NAFC argues that the aid can neither be held to be compatible with the functioning of the EEA on the basis of Article 61(3)(c), nor constitute a service of general economic interest within the meaning of Article 59(2). Finally, the NAFC holds that the aid exceeds the *de minimis* threshold.

II. ASSESSMENT

1. Scope of the State aid assessment in this Decision

As mentioned above under Section I.2.2, the fitness centre at the KLC has received financing from different sources. It has been financed by the municipality of Vefsn on a regular basis since its establishment. Furthermore, the KLC has received funds from Norsk Tipping AS whereby the Norwegian authorities have not excluded that some of these funds were allocated to the fitness centre. Finally, the fitness centre has allegedly received funds stemming from the county municipality of Nordland.

⁽¹⁾ See letter from the Norwegian authorities dated 29.5.2009 (Event No 520013) p. 12.

⁽²⁾ *Lov om helsetjenesten i kommunene* of 19 November 1982 No 66. Hereinafter referred to as the MHS Act.

⁽³⁾ Case C-280/00 *Altmark Trans and Regierungspräsidium Magdeburg* (2003) ECR I-7747. See also case T-289/03 *BUPA* (2008) ECR II-81.

1.1. *Funds stemming from the county municipality of Nordland*

The Authority received no information or documentation regarding the funds potentially received from the county municipality of Nordland. The Norwegian authorities are invited either to confirm that the fitness centre at the KLC did not receive any funds from the county municipality of Nordland or to provide the necessary information for the assessment of the State aid character of those funds and of the compatibility with the rules of the EEA Agreement.

1.2. *Funds stemming from Norsk Tipping AS*

The funds stemming from *Norsk Tipping AS* are gaming funds collected, administered and distributed on the basis of the Gaming Act from 1992 that entered into force on 1 January 1993 ⁽¹⁾, before the entry into force of the EEA Agreement. The Ministry of Culture and Church Affairs has the general responsibility for the operation of *Norsk Tipping AS*, the company entrusted with the administration of the gaming funds.

The profit generated by the activities of *Norsk Tipping AS* was originally distributed by thirds: a third for sporting purposes, a third for cultural purposes and a third for scientific purposes ⁽²⁾. By Act No 37 of 21 June 2002, the distribution formula was amended to the effect that the profits were to be distributed equally between sports and cultural objectives.

In 2003, a bill was passed that gave *Norsk Tipping AS* an exclusive right to operate slot machines. In that connection, a new distribution formula set at 18 % the allocation to non-sports related NGOs, 45,5 % for sports and 36,5 % for culture.

With reference to the case law cited in Section II,1.3 below, the Authority considers that the introduction of a new group of recipients does not affect the classification of aid granted to culture and sports ⁽³⁾.

Accordingly, the Authority considers the activities of *Norsk Tipping AS* to constitute an existing system of State aid within the meaning of the provisions of the EEA Agreement.

Although *Norsk Tipping AS* only granted financing to the fitness centre at the KLC in 1997 and 2006/07, the Authority considers that it benefited from the application of an existing system of State aid. Individual grants under an existing system do not qualify as new aid within the meaning of Article 1(c) of Part II of Protocol 3.

Thus, based on the above, the Authority considers that any gaming funds potentially allocated to the fitness centre at the KLC in connection with the 1997 or 2006/07 expansions are grants stemming from a system of existing aid within the meaning of Article 62 of the EEA Agreement. For that reason, the compatibility with the functioning of the EEA Agreement of the grant of gaming funds from *Norsk Tipping AS* to the fitness centre at the KLC is not assessed in this Decision.

1.3. *Funds stemming from the municipality of Vefsn*

Insofar as the financing of the fitness centre at the KLC with resources from the municipality of Vefsn involves the grant of State aid, the question is whether this measure represents new or existing aid.

The KLC has been financed by the municipality of Vefsn since it was established in the early seventies. The annual deficit of the KLC has been covered by the municipal operating budget. In addition to this, the KLC has, ever since it was established, been financed by the revenue generated from various user fees, determined by the municipality. This method of financing was in place before the entry into force of the EEA Agreement on 1 January 1994, and would for these reasons as such seem to constitute existing aid within the meaning of Article 1(b)(i) of Part II of Protocol 3.

It follows from Article 1(c) to the same Protocol that alterations to existing aid constitute new aid. Moreover, it follows from the case law that where such alterations affect the actual substance of the original scheme the latter may be transformed into a new scheme. There can be no question of such a

⁽¹⁾ The Gaming Act replaced Law No 92 of 20.12.1985 on Lotto.

⁽²⁾ The funds for sporting purposes are distributed by the King (i.e. the Government), whereas the funds for other purposes are partly distributed by the Norwegian Parliament (*Stortinget*), in accordance with Article 10 of the Gaming Act and Regulation No 1056 adopted on 11.12.1992, which entered into force on 1.1.1993, i.e. before the entry into force of the EEA Agreement in Norway.

⁽³⁾ The system is explained in the Preparatory Works to the amendment, Ot.prp. No 44 (2002-2003) Chapter 4.6.2.

substantive alteration where the new element is clearly severable from the initial scheme ⁽¹⁾. In this regard, it is worth noting that the emergence of new aid or the alteration of existing aid cannot be assessed according to the scale of the aid or, in particular, its amount in financial terms at any moment in the life of the undertaking if the aid is provided under earlier statutory provisions which remain unaltered. Whether aid may be classified as new aid or as alteration of existing aid must be determined by reference to the provisions providing for it ⁽²⁾.

Thus, the qualification of the financing mechanism as existing aid does not mean that the financing of an expansion or alteration of the KLC necessarily would be considered as existing aid. On the contrary, alterations that are not severable from the existing scheme and that affect its substance could entail that the scheme in its entirety is considered as new aid.

Regarding the financing of the fitness centre, the KLC was established in the 1970s, and has primarily been financed by the operating budget of the municipality of Vefsn and allocation of revenue generated by user fees. The method of financing the KLC seems to have been established by decisions of the municipal council of Vefsn in the early 1970s before it was constructed, and has essentially remained unchanged since then. The debts incurred by the 2006/07 expansion were supposed to be serviced in line with this established method of financing, and accordingly the method of financing as such does not seem to have changed within the meaning of the above referenced case law. However, the Authority has not received sufficiently specific information on how the expansion of 1997 was financed. The Authority notes that the specific circumstances relating to the legal basis for the expansion and how the expansion was financed could represent changes entailing that it should be considered as alterations of existing aid.

Furthermore, the ticketing system has been changed since the entry into force of the EEA Agreement. The changes seem to have affected the price, the types of tickets offered and the system of allocation of ticket revenue. The Authority has not been provided with specific information concerning these developments, and has accordingly not been able to exclude that these changes involve a form of new aid.

Regarding the beneficiary, as far as the premises are concerned, according to the information made available to the Authority, the fitness centre was initially modestly equipped. The question is whether the sports facilities existing in the 1970s have been merely upgraded in accordance with new demands or whether the current fitness centre must be considered as a new facility. It is the Authority's understanding that the current fitness centre is not only significantly bigger but it also offers a much broader range of fitness activities than the old modestly equipped fitness centre. In this respect, the Authority has doubts as to whether the expansions of 1997 and/or 2006/07, which took place after the entry into force of the EEA Agreement, changed the character of the operations of the fitness centre. According to case law, the enlargement of the scope of activities does generally not imply that the measure involves new aid. Nevertheless, given the apparently significant changes and expansion in the activities of the fitness centre ⁽³⁾ the Authority has not been able to exclude that the classification of the aid could have changed.

1.4. **Conclusion — scope of the State aid assessment in this Decision**

Based on the lack of information regarding the funds that have allegedly been granted by the county municipality of Nordland to the fitness centre at the KLC, and the existing aid nature of the grants from *Norsk Tipping AS*, the following State aid assessment is confined to the financing of the fitness centre at the KLC with resources stemming from the municipality of Vefsn.

2. State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement

Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:

'Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement.'

It follows from this provision that, for State aid within the meaning of the EEA Agreement to be present, the following conditions must be met:

⁽¹⁾ See Case T-195/01 *Government of Gibraltar v Commission* (2002) ECR II-2309 paragraph 111.

⁽²⁾ See Case C-44/93 *Namur-Les Assurances du Crédit SA v Office Nationale du Dueroire* (1994) ECR I-3829 paragraph 28.

⁽³⁾ See Communication from the Commission on the application of State aid rules to public service broadcasting, OJ C 257 of 27.10.2009, p. 1, paragraphs 25-31 and 80 ff.

- the aid must be granted through State resources,
- the aid must favour certain undertakings or the production of certain goods, i.e. the measure must confer a selective economic advantage upon the recipient,
- the recipient must constitute an undertaking within the meaning of the EEA Agreement,
- the aid must threaten to distort competition and affect trade between the Contracting Parties.

2.1. *Presence of State resources*

The measure must involve the consumption of State resources and/or be granted by the State. The State for the purpose of Article 61(1) of the EEA Agreement covers all bodies of the state administration, from the central government to the municipality level or the lowest administrative level as well as public undertakings and bodies.

The municipality of Vefsn covers the annual deficit of the KLC as a whole. Municipal resources are State resources within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement ⁽¹⁾.

From 2006 to 2008, the fitness centre at the KLC has operated with an annual surplus, which stems from the revenue generated by user fees ⁽²⁾. On the other hand, the KLC as a whole, has run with an annual deficit that has been covered by the operating budget of the municipality of Vefsn. The Authority notes that the municipality of Vefsn controls the ticketing system at the KLC; the prices, the types of tickets offered and the system of allocation of ticket revenue is determined by the municipal council. If the municipality allocates ticket revenues to the fitness centre beyond those collected from the actual users of the premises of the fitness centre, these ticket revenues will qualify as State resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. A system of allocation of ticket revenue, under the complete control of public authorities, can involve State aid where the principles of allocation do not correspond to the customers' use of the different facilities.

The criteria applied for the allocation of revenue generated by the sale of tickets granting admission to the KLC do not appear to be particularly exact. Under the current system, all revenues generated by the sale of all-access season tickets are allocated to the fitness centre although these tickets enable the holder to access other facilities of the KLC. All revenues stemming from the various single tickets, including single tickets giving access to the fitness centre, are allocated to the other facilities at the KLC. As described in Section I.2.2 of this Decision, this entails that the fitness centre of the KLC receives about 70 % of the total ticket revenue. The Norwegian authorities state that this represents a correct allocation of revenue as an informal examination carried out in 2006 indicated that about 70 % of the adult visitors mainly use the fitness centre. However, in the absence of additional information and documentation, the Authority has doubts as to whether the current method of allocation corresponds to the customers' use of the different facilities thereby ensuring that there is no cross-subsidisation involving State resources from other parts of the KLC to the fitness centre.

As described under Section I.2.2 of this Decision, the municipality has not maintained a clear and consistent separation of the accounts for the different activities of the KLC. On the basis of this, the Authority cannot exclude that a form of cross-subsidisation of the fitness centre occurs.

Furthermore, the 2006/07 expansion was partly financed through a NOK 10 million bank loan. The fitness centre was intended to share the financing by servicing a proportionate part of the loan. However, its annual accounts from 2008 show that the fitness centre has only partially serviced its part of the loan according to the cost-allocation plan ⁽³⁾. In 2008, the fitness centre contributed NOK 185 000 in interest of the budgeted NOK 684 000, and an instalment of NOK 200 000 of the budgeted NOK 405 000. Thus, the fitness centre at the KLC only covered NOK 385 000 of the total NOK 1 089 000. The remaining part of the 2008 cost of the loan seems to have been serviced by the municipality of Vefsn. In light of this the Authority cannot to exclude that the 2006/07 expansion of the fitness centre at the KLC has been financed with resources from the municipality.

⁽¹⁾ See the Authority's Decision No 55/05/COL Section II.3, p. 19 with further references, published in OJ L 324, 23.11.2006, p. 11 and EEA Supplement No 56, 23.11.2006, p. 1.

⁽²⁾ The Authority has not been provided with figures for earlier years.

⁽³⁾ This has been confirmed by Norwegian authorities in the letter dated 9.9.2009 (Event No 529846) p. 2-3.

2.2. *Favouring certain undertakings or the production of certain goods*

In order to constitute State aid within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement the measure must confer a selective economic advantage upon an undertaking.

2.2.1. *The concept of undertaking*

Firstly, it is necessary to establish whether the fitness centre constitutes an undertaking within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement. According to settled case law, an undertaking encompasses every entity engaged in an economic activity, regardless of the legal status of the entity and the way it is financed ⁽¹⁾. Activities consisting in offering services on a given market qualify as economic activities ⁽²⁾, and entities carrying out such activities must be classified as undertakings. The fitness centre at the KLC offers its services to the general population in competition with other undertakings operating on the same market. In light of this, the fitness centre at the KLC seems to constitute an undertaking within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement.

2.2.2. *Compensation for providing services of general economic interest*

As the fitness centre seems to constitute an undertaking, the Authority must assess whether it has received an economic advantage within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement.

The Norwegian authorities argue that the fitness centre is run as a part of the municipal healthcare service and provides a service of general economic interest within this context, and that the financing of the fitness centre at the KLC merely represents compensation for services rendered provided in accordance with the *Altmark* criteria ⁽³⁾, and consequently does not constitute aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

Indeed, a measure is not caught by Article 61(1) of the EEA Agreement where it 'must be regarded as compensation for the services provided by the recipient undertakings in order to discharge public service obligations, so that those undertakings do not enjoy a real financial advantage and the measure thus does not have the effect of putting them in a more favourable competitive position than the undertakings competing with them' ⁽⁴⁾.

In the *Altmark* judgment the Court of Justice held that compensation for public service obligations does not constitute State aid when four cumulative criteria are met:

- first, the recipient undertaking must actually have public service obligations to discharge and such obligations must be clearly defined,
- second, the parameters on the basis of which the compensation is calculated must be established in advance in an objective and transparent manner,
- third, the compensation cannot exceed what is necessary to cover all or part of the costs incurred in the discharge of the public service obligations, taking into account the relevant receipts and a reasonable profit,
- finally, where the undertaking which is to discharge public service obligations is not chosen pursuant to a public procurement procedure which would allow for the selection of the tenderer capable of providing those services at the least cost, the level of compensation needed must be determined on the basis of an analysis of the costs which a typical undertaking, well run and adequately equipped, would have incurred ⁽⁵⁾.

When these four criteria are met cumulatively, the State compensation does not confer an advantage upon the undertaking. As to the present case, the Authority is in doubt as to whether the fitness centre at the KLC is entrusted with a clearly defined public service obligation as required under the first *Altmark* criterion ⁽⁶⁾. Furthermore, the Authority has doubts as to whether the method of calculating the compensation has been

⁽¹⁾ Case C-41/90 *Höfner and Elser v Macrotron GmbH* (1991) ECR I-1979 paragraph 21.

⁽²⁾ Case C-35/96 *Commission v Italy* (1998) ECR I-3851 paragraph 36.

⁽³⁾ Case C-280/00 *Altmark Trans and Regierungspräsidium Magdeburg*, cited above.

⁽⁴⁾ Case C-280/00, *Altmark Trans and Regierungspräsidium Magdeburg*, cited above, paragraph 87.

⁽⁵⁾ Case C-280/00 *Altmark Trans and Regierungspräsidium Magdeburg*, cited above, paragraphs 89-93.

⁽⁶⁾ With regard to the question of whether the fitness centre at the KLC is entrusted with a clearly defined service obligation, see Section II.4.1.

established in advance in an objective and transparent manner (the 2nd *Altmark* criterion). Moreover it cannot be determined at this stage on the basis of the information provided that it does not exceed what is necessary (the 3rd *Altmark* criterion) ⁽¹⁾. Finally, the Authority notes that the fitness centre at the KLC has not been selected in a public procurement procedure and that the Norwegian authorities have not provided the Authority with information enabling a verification of whether the costs incurred by the fitness centre at the KLC correspond to the costs of a typical undertaking, well run and adequately equipped as required by the fourth *Altmark* criterion. Thus, the Authority cannot exclude that the financing of the fitness centre at the KLC gives it an advantage.

Should an advantage have been granted to the fitness centre at the KLC, it would be selective as it only concerns this particular undertaking.

2.3. *Distorting competition and affecting trade between Contracting Parties*

The aid measure must distort competition and affect trade between the Contracting Parties. Under settled case law, the mere fact that a measure strengthens the position of an undertaking compared with other undertakings competing in intra-EEA trade, is enough to conclude that the measure is likely to affect trade between Contracting Parties and distort competition between undertakings established in other EEA States ⁽²⁾.

The State resources allocated to the fitness centre at the KLC seem to constitute an advantage that strengthens the fitness centre's position compared to that of other undertakings competing in the same market. Therefore, the measure seems to threaten to distort competition between undertakings.

The question is whether the financing of the fitness centre at the KLC threatens to affect intra-EEA trade.

A privately owned fitness centre, *Friskhuset Mosjøen* ⁽³⁾, a franchisee under the *Friskhuset* franchisor, is established in Mosjøen, the same city as the KLC. Based only on the available information, the Authority has not been able to determine whether the franchisor or the franchisee are involved in intra-EEA trade.

Regardless of this, the financing of the fitness centre at the KLC might threaten to affect intra-EEA trade in other ways. In the practice of the European Commission, the geographical attraction zone of a service has been held to be an important benchmark when establishing a measure's effect on intra-EEA trade ⁽⁴⁾. In the Authority's view, fitness centres, in general, seem to provide a service which by its very nature has a limited attraction zone. Based on the information made available to the Authority, the fitness centre at KLC does not seem to be so unique as to attract visitors from afar. Furthermore, the KLC is situated approximately 60 km (by road) from the nearest Swedish border. A distance of about 50 km from the closest EEA State was held to be sufficient to exclude impact on intra-EEA trade from the operation of a swimming pool in Dorsten, Germany ⁽⁵⁾.

Further indications of lack of effect on intra-EEA trade, held to be relevant in Commission practice, seem to be present. The fitness centre at the KLC does not belong to a wider group of undertakings ⁽⁶⁾. The information provided to the Authority does not indicate that the fitness centre at the KLC attracts investments to the region where it is established ⁽⁷⁾.

Moreover, the Authority has not been provided with sufficient information relating to the market share of the fitness centre at the KLC to make a thorough assessment of the impact, or lack thereof, on intra-EEA trade ⁽⁸⁾.

⁽¹⁾ See Section II.4.1.

⁽²⁾ Case 730/79 *Philip Morris Holland* (1980) ECR 2671 paragraphs 11-12.

⁽³⁾ The ownership of the privately owned fitness centre has changed over the years. It has been owned by *Centrum Fysikalske Institutt AS* which in the year 2000 merged with another undertaking and changed name to *Helsehuset Fysioterapi og Manuell Terapi Mosjøen AS*. From 2007 the fitness centre operated as a franchisee under the *Friskhuset* franchisor. The Authority has doubts as to whether any of the previous owners have been involved in intra-EEA trade.

⁽⁴⁾ See notice from the Commission on a simplified procedure for treatment of certain types of State aid, published in OJ C 136, 16.6.2009, p. 3 paragraph 5(b) viii, footnote 6 which references the following Commission Decisions in Cases N 258/2000 (Germany, leisure pool Dorsten), N 486/02 (Sweden, Aid in favour of a congress hall in Visby), N 610/01 (Germany, Tourism infrastructure program Baden-Württemberg) and N 377/07 (the Netherlands, support to Bataviawerf).

⁽⁵⁾ See Commission Decision in Case N 258/2000. See also Commission Decision in Case N 610/01 Section 4.3.

⁽⁶⁾ See the criteria listed in the notice from the Commission on a simplified procedure for treatment of certain types of State aid, published in OJ C 136, 16.6.2009, p. 3 paragraph 5(b) viii, footnote 6.L.c.

⁽⁷⁾ L.c.

⁽⁸⁾ L.c.

It is worth noting that several of the undertakings active on the Norwegian fitness centre market are involved in intra-EEA trade. However, it seems that these undertakings tend to establish fitness centres in more densely populated areas than that of Vefsn municipality⁽¹⁾.

In light of the above, the Authority is in doubt as to whether the financing of the fitness centre at the KLC threatens to affect intra-EEA trade.

2.4. Conclusion on the presence of State aid

The Authority consequently has doubts as to whether the measures under scrutiny involve State aid within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement.

3. Notification requirement and standstill obligation

The Norwegian authorities submitted a notification of the financing of the fitness centre at the KLC on 27 January 2009 (Event No 506341). Insofar as the financing of the fitness centre at the KLC may constitute State aid within the meaning of Article 61 of the EEA Agreement, and that this aid constitutes 'new aid' within the meaning of Article 1(c) of Part II of Protocol 3, the Norwegian authorities should have notified the aid before putting it into effect pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3.

It should be recalled that any new aid which is unlawfully implemented and which is finally not declared compatible with the functioning of the EEA Agreement is subject to recovery in accordance with Article 14 of Part II of Protocol 3. However, the Authority notes that any State aid granted more than 10 years before any action is taken by the Authority is deemed to be existing aid not subject to recovery pursuant to Article 15 of Part II of Protocol 3.

4. Compatibility of the aid

The Norwegian authorities have argued that the financing of the fitness centre at the KLC, as far as it is held to constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement, must be considered to be compatible either as compensation for providing a service of general economic interest on the basis of Article 59(2) of the EEA Agreement, or alternatively as a cultural measure on the basis of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement.

4.1. Service of general economic interest — Article 59(2) of the EEA Agreement

Article 59(2) of the EEA Agreement reads as follows:

'Undertakings entrusted with the operation of services of general economic interest or having the character of a revenue-producing monopoly shall be subject to the rules contained in this Agreement, in particular to the rules on competition, in so far as the application of such rules do not obstruct the performance, in law or in fact, of the particular tasks assigned to them. The development of trade must not be affected to such an extent as would be contrary to the interests of the Contracting Parties.'

The Norwegian authorities consider that operating the fitness centre at the KLC, as such, constitutes a service of general economic interest⁽²⁾. The Norwegian authorities argue that the purpose of operating the fitness centre at the KLC is to stimulate all the residents of the municipality of Vefsn to be more physically active and consequently improve the general health of the local population. However, there seems to be no specific mechanisms in place ensuring that the fitness centre at the KLC is available to as many users as possible. The so-called FYSAK pass seems to be available to everyone above the age of 15 at the same price, there seems to be no specific means-tested discount available to those of lesser means, although some discounts seem to be granted for young people below the age of 20 and senior citizens⁽³⁾. The Norwegian authorities seem to acknowledge this by stating that '(a) very small number of groups are excluded due to price'⁽⁴⁾. In that sense, the fitness centre seems to function, at least partly, as a normal fitness centre. Furthermore, the Authority questions whether there is a need to subsidise a fitness centre in the specific area of Mosjøen since a privately owned fitness centre has been operating in the same city for more than a decade.

⁽¹⁾ Vefsn municipality is located in the second northernmost county of Norway. The KLC is located in a region eligible for regional aid, see the Authority's Decision No 226/06/COL of 19.7.2006, published in OJ L 54, 28.2.2008, p. 21 and EEA Supplement No 11, 28.2.2008, p. 19.

⁽²⁾ See letter accompanying the notification of the measure dated 27.1.2009 (Event No 506341), p. 14-19, and letter from Norwegian authorities dated 29.5.2009 (Event No 520013) p. 3-7.

⁽³⁾ See <http://www.kippermoen.com/index.asp?side=priser>

⁽⁴⁾ See letter from Norwegian authorities dated 29.5.2009 (Event No 520013) p. 13.

The Authority acknowledges that the Norwegian authorities have a wide margin of discretion regarding the nature of services that could be classified as constituting services of general economic interest ⁽¹⁾. However, in light of the above, the Authority has doubts as to whether the operation the fitness centre at the KLC can constitute a service of general economic interest within the meaning of Article 59(2) of the EEA Agreement.

In this respect, reference is made to the Authority's guidelines on State aid in the form of public service compensation ⁽²⁾. The following cumulative criteria must be fulfilled in order for a State aid measure to be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement on the basis of Article 59(2) in conjunction with the public service guidelines:

- the service must constitute a genuine service of general economic interest,
- the undertaking must be entrusted with the operation of the service by way of one or more official acts,
- the amount of compensation must not exceed what is necessary to cover the costs incurred in discharging the service.

According to the information provided by the Norwegian authorities, the fitness centre seems to provide certain special preventive and convalescent services to individuals with specific needs in accordance with the municipality's obligations under Article 1-2 of the MHS Act. Such services seem to be provided to individuals with a so-called FYSAK prescription (*FYSAK Resept*) which can be obtained from a doctor, physical therapist or certain public bodies ⁽³⁾. However, the Authority has not received specific information pertaining to how the fitness centre at the KLC is compensated for providing such services, and cannot exclude that the compensation does not exceed what is necessary within the meaning of the public service guidelines.

At this stage, the Authority has not been able to assess whether the financing of the fitness centre at the KLC in part or in full can constitute compensation for a service of general economic interest that could be compatible with the functioning of the EEA within the meaning of Article 59(2).

4.2. **Article 61(3)(c) of the EEA Agreement**

Article 61(3) of the EEA Agreement reads as follows:

'The following may be considered to be compatible with the functioning of this Agreement: [...] (c) aid to facilitate the development of certain economic activities or of certain economic areas, where such aid does not adversely affect trading conditions to an extent contrary to the common interest.'

The Norwegian authorities hold that the aid granted to the fitness centre at the KLC should be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement on the basis of the exemption in Article 61(3)(c) of the EEA Agreement, and more specifically that the operation of the fitness centre must be regarded as a measure to promote culture within the meaning of the provision in Article 107(3)(d) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

The EEA Agreement does not include a corresponding provision. The Authority nevertheless acknowledges that State aid measures may be approved on cultural grounds on the basis of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement ⁽⁴⁾.

In this respect, reference must be made to the European Commission's White Paper on Sports ⁽⁵⁾, which acknowledges that sport is crucial to the well-being of European society. The vast majority of sporting activities take place in non-profit making structures, many of which depend on public support to provide access to sporting activities to all citizens.

⁽¹⁾ See the public service guidelines paragraph 8.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as the public service guidelines.

⁽³⁾ See http://www.kippermoen.com/index.asp?side=akt_res

⁽⁴⁾ See for example paragraph 7 (with further references) of the Chapter of the Authority's guidelines on State aid to cinematographic and other audiovisual work, adopted by the Authority by Decision No 774/08/COL of 17 December 2008, not yet published in the OJ or the EEA Supplement, available at the Authority's web page (<http://www.eftasurv.int/state-aid/legal-framework/state-aid-guidelines/>).

⁽⁵⁾ White Paper on Sport, COM(2007) 391 final.

However, based on the information available, the Authority has doubts as to whether the operation of the fitness centre at the KLC constitutes a cultural activity.

The Authority notes that the KLC is located in a region eligible for regional aid ⁽¹⁾ and points to the fact that financing connected to the expansion of 2006/07 could under certain circumstances be considered compatible with the functioning of the EEA Agreement ⁽²⁾. However, the information made available to the Authority during its preliminary examination of the financing of the fitness centre at the KLC does not enable it to make a definite assessment of this question.

5. Conclusion

Based on the information submitted by the Norwegian authorities, the Authority cannot exclude the possibility that the funds received by the fitness centre at the KLC constitute State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement.

As explained under Section II.1.2 above, the Authority considers that the funds stemming from *Norsk Tipping AS* have been granted in accordance with an existing aid scheme, they are not covered by this Decision to open the formal investigation procedure.

The Authority has doubts as to whether the financing of the fitness centre at the KLC with funds stemming from the municipality of Vefsn, in particular concerning those funds allocated on the basis of the two expansions in 1997 and 2006/07, constitute 'new aid', which pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3 should have been notified to the Authority prior to its implementation.

The Authority has doubts as to whether the aid granted is compatible with the functioning of the EEA Agreement, in accordance with Article 59(2) or Article 61(3)(c) of the EEA Agreement.

In accordance with Article 4(4) of Part II of Protocol 3, the Authority is obliged to open the procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures in question do not constitute State aid, are to be classified as existing aid or are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

In light of the foregoing considerations, the Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Norwegian authorities to submit their comments within one month of the date of receipt of this Decision.

In light of the foregoing considerations, within one month of receipt of this Decision, the Authority request the Norwegian authorities to provide all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the financing of the fitness centre at the KLC. In particular, the Authority invites the Norwegian authorities to provide detailed information regarding any funding from the county municipality of Nordland to the fitness centre at the KLC, as mentioned under Section II.1.1 of this Decision.

It invites the Norwegian authorities to forward a copy of this Decision to the potential aid recipient of the aid immediately.

The Authority would like to remind the Norwegian authorities that, according to the provisions of Protocol 3, any incompatible aid unlawfully put at the disposal of the beneficiaries will have to be recovered, unless this recovery would be contrary to the general principle of law,

⁽¹⁾ See the regional aid maps of assisted areas for Norway registered in the Authority's Decision No 327/99/COL of 16.12.1999 and Decision No 226/06/COL of 19.7.2006.

⁽²⁾ For any aid granted after 1 January 2007, Chapter of the Authority's guidelines on National Regional Aid 2007-13. For aid granted before that date, reference must be made to the provisions of the Chapter on National Regional Aid adopted by Decision No 319/98/COL of 4.11.1998.

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The EFTA Surveillance Authority has decided to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 against Norway regarding the financing of the fitness centre at the Kippermoen Leisure Centre.

Article 2

The Norwegian authorities are invited, pursuant to Article 6(1) of Part II of Protocol 3, to submit their comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this Decision.

Article 3

The Norwegian authorities are requested to provide within one month from notification of this Decision, all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the aid measure.

Article 4

This Decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Article 5

Only the English version is authentic.

Done at Brussels, 16 December 2009.

For the EFTA Surveillance Authority

Per SANDERUD
President

Kristján Andri STEFÁNSSON
College Member

Aufforderung zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs zur staatlichen Beihilfe bezüglich des Verkaufs eines Grundstücks durch die Gemeinde Asker an die Asker Brygge AS

(2010/C 184/06)

Mit Beschluss Nr. 538/09/KOL vom 16. Dezember 2009, der nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung wiedergegeben wird, hat die EFTA-Überwachungsbehörde ein Verfahren nach Teil I Artikel 1 Absatz 2 des Protokolls 3 zum Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs eingeleitet. Die norwegischen Behörden wurden durch Übersendung einer Kopie von dem Beschluss unterrichtet.

Die EFTA-Überwachungsbehörde fordert hiermit die EFTA-Staaten, die EU-Mitgliedstaaten und alle Interessierten auf, ihre Stellungnahmen zu der fraglichen Maßnahme innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung der Bekanntmachung an folgende Anschrift zu richten:

EFTA-Überwachungsbehörde
Registratur
Rue Belliard 35
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die Stellungnahmen werden den norwegischen Behörden übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Mit einem bei der Behörde am 13. Februar 2009 eingegangenen Schreiben teilten die norwegischen Behörden den Verkauf eines Grundstücks durch die Gemeinde Asker an das Unternehmen Asker Brygge AS mit.

Die Gemeinde Asker und Asker Brygge hatten 2001 eine Vereinbarung getroffen, wonach Asker Brygge eine auf den 31. Dezember 2009 befristete Option zum Kauf eines Grundstücks zu einem Festbetrag von 8 Mio. NOK, der entsprechend dem Verbraucherpreisindex angepasst wird, eingeräumt wurde. 2005 machte Asker Brygge von dieser Option zum Kauf des Grundstücks Gebrauch. Nach Verhandlungen einigten sich beide Parteien auf einen Verkaufspreis von 8 727 462 NOK; am 21. März 2007 wurde der Kaufvertrag geschlossen. Am selben Tag ging das Grundstück in den Besitz von Asker Brygge über, obwohl der Kaufpreis — wie bereits in der Optionsvereinbarung aus dem Jahr 2001 festgelegt — in zwei Raten gezahlt werden sollte. Die zweite Teilzahlung, die 70 % des Kaufpreises (6 109 223 NOK) ausmacht, muss bis spätestens 31. Dezember 2011 geleistet werden. Die Gemeinde Asker verlangt für diese zweite Teilzahlung keine Zinsen.

Die Behörde bezweifelt, dass bei der Transaktion zum Verkauf des Grundstücks der „Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Investors“ beachtet wurde. Die Konditionen für den späteren Verkauf waren in der 2001 unterzeichneten Optionsvereinbarung festgelegt worden. Daher überprüfte die Behörde bei ihrer Bewertung, ob die Optionsvereinbarung im Jahr 2001 nach marktwirtschaftlichen Bedingungen abgeschlossen wurde. Die Behörde hält es für fraglich, dass Asker Brygge für die Option als solche bezahlt hat und dass den günstigen Konditionen, die auf der einen Seite dem Käufer eingeräumt wurden, entsprechende Verpflichtungen des Käufers oder Rechte des Verkäufers auf der anderen Seite gegenüberstanden. In der Optionsvereinbarung wurde Asker Brygge nicht nur das Recht eingeräumt, das Grundstück zu einem beliebigen Zeitpunkt in den darauffolgenden Jahren zu erwerben, sondern es wurde auch der Preis für diesen späteren Transfer festgelegt. Die Option bot somit Asker Brygge die Möglichkeit, die Entwicklung der Grundstückspreise über eine Reihe von Jahren hinweg zu beobachten und danach die Option in Anspruch zu nehmen und das Grundstück zu dem 2001 vereinbarten Preis zu erwerben. Auf der anderen Seite war der Gemeinde die Möglichkeit verwehrt, das Grundstück während dieses Zeitraums an andere Interessenten zu verkaufen. Darüber hinaus bestand für Asker Brygge die Möglichkeit, aktiv auf die Gemeinde zuzugehen, um eine Neuregelung für das Grundstück für Zwecke zu erwirken, durch die sein Marktwert gesteigert würde. Außerdem war nicht vorgesehen, dass die Gemeinde für den Fall, dass der Verkauf nicht zustande kommen würde, eine Zahlung erhalten sollte.

Die Optionsvereinbarung enthielt zudem weitere Elemente, die dem Anschein nach dazu geeignet sind, den Wert der Option zu steigern; unter anderem wurde Asker Brygge das Recht eingeräumt, falls die Grundstückspreise deutlich sinken sollten, eine Neuverhandlung des Preises zu verlangen, wohingegen die Gemeinde keinen entsprechenden Anspruch auf Neuverhandlung hatte. Der Preis wurde entsprechend dem Verbraucherpreisindex angepasst, obwohl Grundstückspreise in dem Index nicht enthalten sind. Die Gemeinde Asker willigte ein, die Zahlung von 70 % des vereinbarten Kaufpreises zu stunden, ohne für diesen Zahlungsaufschub Zinsen zu verlangen, obwohl das Grundstück mit unmittelbarer Wirkung vollständig in den Besitz des Käufers übergang.

Aus diesen Gründen bezweifelt die Behörde, dass ein privater Unternehmer zu den gleichen Konditionen wie die Gemeinde Asker eine derart langfristige Optionsvereinbarung eingegangen wäre, ohne für die Option und die günstigen Konditionen als solche eine Vergütung zu verlangen.

Da sich im derzeitigen Stadium nicht feststellen lässt, ob die Optionsvereinbarung den Kriterien des Grundsatzes des marktwirtschaftlich handelnden Investors entsprach, muss die Behörde ferner untersuchen, ob das Grundstück zu einem Preis verkauft wurde, der 2007, also zu dem Zeitpunkt, zu dem der Verkauf tatsächlich getätigt wurde, unter dem Marktpreis lag und ob Asker Brygge damit eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 61 des EWR-Abkommens erhielt. Die Behörde hat den von Asker Brygge gezahlten Kaufpreis von 8 727 462 NOK mit den Informationen verglichen, die über den Marktwert des Grundstücks zum Verkaufszeitpunkt verfügbar waren. Von den norwegischen Behörden wurden drei Gutachten zum Grundstückswert vorgelegt. In dem ersten Gutachten vom 30. Juni 2006 wurde der Marktwert des Grundstücks im Jahr 2001 bei Abschluss der Optionsvereinbarung mit 9,6 Mio. NOK bei einer möglichen Spanne von $\pm 15\%$ veranschlagt. Ein zweites Gutachten vom 18. Januar 2008 gelangte zu dem Schluss, dass sich der Marktwert des Grundstücks im Jahr 2007 auf 26 Mio. NOK belief, was einem Wert von 17 Mio. NOK im Jahr 2001 entsprach. In dem dritten Gutachten vom 16. Juni 2008, das von denselben Gutachtern erstellt wurde, wurde der Wert nach Berücksichtigung einer Wertminderung durch eine Asker Brygge zusätzlich auferlegte Verpflichtung hinsichtlich der Nutzung eines Teils des Grundstücks durch die Slependen Båtforening AS auf 14 Mio. NOK im Jahr 2007 bzw. 8 Mio. NOK im Jahr 2001 berichtigt.

Die Behörde ist im Zweifel darüber, in welchem der Gutachten — wenn überhaupt — der Wert des Grundstücks (Grundbuchnr. 32/17) richtig eingeschätzt wird und wirft die Frage auf, ob für das Grundstück der Marktpreis gezahlt wurde und ob ein privatwirtschaftlicher Investor bei der Zahlung der Kaufsumme einen zinslosen Zahlungsaufschub akzeptiert hätte.

Stützungsmaßnahmen, die unter Artikel 61 Absatz 1 des EWR-Abkommens fallen, sind generell mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar, sofern nicht eine der in Artikel 61 Absatz 2 oder Absatz 3 des EWR-Abkommens festgelegten Ausnahmeregelungen geltend gemacht werden kann. Die Behörde bezweifelt jedoch, dass die zu bewertende Transaktion nach den Vorschriften für staatliche Beihilfen des EWR-Abkommens gerechtfertigt werden kann.

Schlussfolgerung

In Anbetracht der vorstehenden Erwägungen hat die Behörde beschlossen, das förmliche Prüfverfahren gemäß Artikel 1 Absatz 2 des EWR-Abkommens zu eröffnen. Interessierte werden aufgefordert, ihre Stellungnahmen innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu übermitteln.

EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY DECISION

No 538/09/COL

of 16 December 2009

to initiate the procedure provided for in Article 1(2) in Part I of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement with regard to the notification of sale of land in the municipality of Asker

(Norway)

THE EFTA SURVEILLANCE AUTHORITY ⁽¹⁾,

Having regard to the Agreement on the European Economic Area ⁽²⁾, in particular to Articles 61 to 63 and Protocol 26 thereof,

Having regard to the Agreement between the EFTA States on the Establishment of a Surveillance Authority and a Court of Justice ⁽³⁾, in particular to Article 24 thereof,

Having regard to Article 1(2) of Part I and Articles 4(4) and 6 of Part II of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement ⁽⁴⁾,

⁽¹⁾ Hereinafter referred to as the Authority.

⁽²⁾ Hereinafter referred to as the EEA Agreement.

⁽³⁾ Hereinafter referred to as the Surveillance and Court Agreement.

⁽⁴⁾ Hereinafter referred to as Protocol 3.

Having regard to the Authority's Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement ⁽¹⁾, and in particular the chapter on State aid elements in sales of land and buildings by public authorities ⁽²⁾,

Having regard to the Authority's Decision of 14 July 2004 on the implementing provisions referred to under Article 27 of Part II of Protocol 3 ⁽³⁾,

Whereas:

I. FACTS

1. Procedure

By letter of 15 December 2008 (Event No 508884), received by the Authority on 13 February 2009, the Norwegian authorities notified a sale of land by the municipality of Asker, pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3.

By letter dated 8 April 2009 (Event No 512188), the Authority requested additional information. The Norwegian authorities replied by letter dated 11 May 2009 (Event No 518079).

By letter of 7 July 2009 (Event No 521778), the Authority sent a second request for information. The Norwegian authorities responded by letter dated 14 August 2009 (Event No 527555).

2. Description of the notification

The Norwegian authorities have notified a sale of a plot of land by the municipality of Asker to the company Asker Brygge AS (hereinafter referred to as Asker Brygge).

The municipality of Asker and Asker Brygge entered into an agreement in 2001 (hereinafter referred to as the option agreement), according to which Asker Brygge was granted an option, lasting until 31 December 2009, to buy land for a fixed sum of NOK 8 million, adjusted according to the consumer price index. According to the option agreement the municipality intended to give Asker Brygge the option to buy the property at market price provided that Asker Brygge undertook extensive planning and research with the aim of obtaining a reregulation of the property and then developing the property.

In 2004 the option agreement was renewed, and the validity of the option was extended until 31 December 2014 under similar conditions regarding the progress of the reregulation work. In 2005, Asker Brygge called upon the option to buy the land. The property is registered in the Norwegian property register as *Nesøyeveien 8, gnr. 32 bnr. 17* in the municipality of Asker and is approximately 9 700 m². After negotiations the parties agreed to a sales price of NOK 8 727 462 and entered into a sales agreement on 21 March 2007. The land was transferred to Asker Brygge on the same date although the sales sum was to be paid in two instalments. The first instalment of 30 % of the sales sum was paid in 2007 on the date of the transfer of the property. The second and largest instalment, 70 % of the sales sum (NOK 6 109 223), is due at the latest 31 December 2011. The municipality of Asker will not charge any interest rate on the second instalment.

The municipality of Asker and Asker Brygge are of the opinion that the sales contract does not entail any State aid because the sales price reflects the market value. The Norwegian authorities have nonetheless decided to notify the transaction for reasons of legal certainty.

II. ASSESSMENT

1. The presence of State aid within the meaning of Article 61(1) EEA Agreement

Article 61(1) of the EEA Agreement reads as follows:

'Save as otherwise provided in this Agreement, any aid granted by EC Member States, EFTA States or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by

⁽¹⁾ Guidelines on the application and interpretation of Articles 61 and 62 of the EEA Agreement and Article 1 of Protocol 3 to the Surveillance and Court Agreement, adopted and issued by the Authority on 19.1.1994, published in the *Official Journal of the European Union* (hereinafter referred to as OJ) L 231, 3.9.1994, p. 1 and EEA Supplement No 32, 3.9.1994, p. 1. Hereinafter referred to as the State Aid Guidelines. The updated version of the State Aid Guidelines is published on the Authority's website (<http://www.eftasurv.int/state-aid/legal-framework/state-aid-guidelines>).

⁽²⁾ Hereinafter referred to the Guidelines on sale of land.

⁽³⁾ Decision No 195/04/COL of 14 July 2004 (published in OJ L 139, 25.5.2006, p. 37 and EEA Supplement No 26, 25.5.2006, p. 1), as amended. A consolidated version of the Decision can be found online (<http://www.eftasurv.int>).

favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Contracting Parties, be incompatible with the functioning of this Agreement'.

1.1. **Market investor principle**

1.1.1. *Introduction*

If the transaction was carried out in accordance with the market economy investor principle, i.e. if the municipality sold the land for its market value and the conditions of the transaction would have been acceptable for a private seller, the transaction would not involve the grant of State aid.

In the following the Authority will assess whether the municipality of Asker has granted illegal State aid to Asker Brygge in connection with the sale of the plot of land gbnr 32/17. The sale of land could qualify as State aid if the sale was not carried out at market price. As a point of departure, the assessment of whether a property has been sold at market value should be assessed at the time of the conclusion of the contract. The circumstances of this sale of land are somewhat particular in the sense that there exists several agreements concerning the sale: An option agreement from 2001, an extended option agreement from 2004 and a sales agreement from 2007.

The option agreement not only gave Asker Brygge a right to acquire the property at any given time over the years to come but also fixed the price for a later transfer. The option thereby entailed a possibility for Asker Brygge to observe the development of property prices over a number of years, thereafter to take up the option to buy the property for the price agreed in 2001. While the Authority fully recognises the right for public authorities also to operate in a market on commercial terms, it nevertheless finds reason to consider carefully whether a similar agreement would have been concluded by a private market operator. The Authority will in that regard consider whether Asker Brygge paid for the option as such, and whether the favourable conditions for the buyer appear to be balanced by corresponding obligations for the buyer or rights for the seller.

If the option agreement as such cannot be said to comply with the private market investor principle, the Authority will assess whether the property was transferred at market value when the sales agreement was concluded in 2007. Thus, the Authority will in the following firstly assess the option agreement of 2001 (and the extension signed in 2004) and, secondly, whether the actual sale of land in 2007 was accomplished at market price.

1.1.2. *The market price of the option agreement signed in 2001*

As regards the option agreement, it has to be examined whether a private investor operating in a market economy would have chosen to enter into a similar agreement regarding the price and terms as the one signed between the municipality of Asker and Asker Brygge in 2001. In making that assessment, the Authority cannot replace the municipality's commercial judgement with its own, which implies that the municipality, as the seller of the plot of land, must enjoy a margin of judgement. There can be a number of commercially sound reasons to enter into an agreement under given conditions. When there is no plausible explanation for the municipality's choice the measure could qualify as State aid.

On the basis of the information available to the Authority, the conditions for the later sale were laid down in the option agreement signed in 2001. This agreement gave Asker Brygge a right, but not an obligation, to buy the property on predetermined conditions at any given time until 31 December 2009. On the other hand, the municipality was barred from selling the property to someone else in the same period. The main features of the option agreement which are relevant for the State aid assessment are (i) the agreed price of NOK 8 million, adjusted in accordance with the consumer price index, (ii) the right of renegotiation agreed for Asker Brygge in case property prices should decrease considerably before the option was invoked (there was no corresponding right of renegotiation for the municipality should the property prices increase considerably), (iii) the payment in two instalments, whereby 70 % of the sales price would be paid before 31 December 2011 at the latest, but no interest would be charged for this delay. In 2004 the municipality and Asker Brygge prolonged the option agreement until 2014, but did not modify any of the other conditions for the transaction.

According to the information available to the Authority, the municipality carried out no value assessment of the property before it entered into the agreement with Asker Brygge in 2001. Thus, it is not clear to the Authority on which basis the municipality arrived at the agreed price of NOK 8 million for the sale of land gbnr 32/17. In the information presented to the Authority, Asker municipality nevertheless appears to argue that this amount was indeed the market value of the property in 2001.

Even if it is assumed that NOK 8 million represented the market price for the property as such in 2001, the Authority questions whether the market value of the option agreement only corresponds to the value of the property or whether the market value of the other elements agreed upon should be taken into account. In

the Authority's view, if only the market value for the property had to be considered, that would entail that Asker Brygge got the option as such for free. As mentioned above, this option enabled the company to observe the development of property prices for a number of years. Statistically, property prices tend to increase over time. Furthermore, Asker is located close to Oslo and has experienced a continuous growth in population, something that would usually influence property prices positively.

The option agreement barred the municipality from selling the property to another buyer, and thus tied up capital for which the municipality could have found alternative uses or received interest. Indeed, the extension in 2004 prolonged the option with an additional five years without remuneration. It enabled Asker Brygge to actively approach the municipality in order to reregulate the property for purposes that would increase the market value. Moreover, the municipality would not receive any payment in case of no subsequent sale.

Under the option agreement, some aspects of a possible future sales contract were also agreed upon. In particular, regarding the reregulation of the area, Asker Brygge had an obligation to finish the preparatory works that would lead to the reregulation process. If this condition was not met, the municipality of Asker could terminate the contract. The Norwegian authorities argue that there is an uncertainty or risk connected to the reregulation process. Nevertheless, the option agreement gave Asker Brygge the opportunity to work on it for several years before deciding to buy the property, which in the opinion of the Authority reduced the risk considerably. In addition, if the property was reregulated, this would increase the value of the property. Hence, the option agreement did not entail any real risk for Asker Brygge.

In the Authority's preliminary view, that option itself, independent of whether it was exercised or not, had a value in 2001 when the agreement was concluded. From the documentation and explanations the Authority has received so far, there is no information that the buyer paid for the option as such.

The option agreement also included other elements that appear to be capable of increasing the value of the option. The first element concerns the mechanism to regulate the price. Asker Brygge had the right to request renegotiations of the price if property prices in Asker should decrease considerably before the option was invoked. As mentioned above, the agreement did not provide a corresponding right of renegotiation for the municipality should the property prices increase considerably. According to the Norwegian authorities, the background for including a right for Asker Brygge to renegotiate the agreement was that the municipality of Asker considered the property to be difficult to develop, *inter alia* due to the short distance to the highway (E-18), and the transaction would therefore involve substantial economic risk. The Authority however, has doubts as to whether a private market investor would have entered into such an agreement without a mutual right to adjustment if property prices should increase or decrease considerably. In this regard, the right for the municipality to adjust the price in accordance with the consumer price index appears not to be sufficient to compensate for the lack of a corresponding right of renegotiation.

In addition, the Authority doubts that the consumer price index would be the correct index to use when adjusting for changes in property prices. The consumer price index is a measure estimating the change in the average price of consumer goods and services purchased by households, and does not reflect the price movements of the property market. Property prices develop at a different pattern than other prices, and real estate prices are therefore normally not taken into account when determining the consumer price index.

In addition, the municipality of Asker agreed to postpone the payment of 70 % of the agreed sales price until 31 December 2011 at the latest ⁽¹⁾ without charging any interest for this deferral. According to the Norwegian authorities, the postponement of full payment without any interest was accepted because the property was considered difficult to develop. The Authority doubts that a private operator would have agreed to postpone the payment over such a long period of time without requiring any interest payments. Moreover, it doubts whether a private operator would have transferred full ownership of the property before full payment had been received.

For these reasons, the Authority doubts that a private operator would have entered into such a long option agreement, on similar conditions as the municipality of Asker without requiring remuneration for the option and the favourable conditions as such. By simply requiring a remuneration corresponding to the value of the property in 2001, the municipality of Asker ran the risk of granting State aid later if property prices should increase. It is therefore necessary to examine whether the property was transferred at a price

⁽¹⁾ According to the sales contract clause 3, the payment shall take place prior to any building activity starts and in any case before 31.12.2011.

below market value in 2007 and whether Asker Brygge thereby received State aid within the meaning of Article 61 EEA. The Authority will therefore in the following assess the available information regarding the market value in 2007.

1.1.3. The market value of the property at the time of the sales agreement

In 2005, Asker Brygge called upon the option and negotiations started with the municipality. Although the conditions for the sale were laid down in the 2001 option agreement, the sales contract was concluded in 2007.

In the following, the Authority will therefore compare the price of NOK 8 727 462 paid by Asker Brygge with the market value of the property at the time of the sale.

1.1.3.1. The value of the plot of land gbnr 32/17

According to the Authority's State Aid Guidelines on sale of land, a sale of land and buildings following a sufficiently well-publicised and unconditional bidding procedure, comparable to an auction, accepting the best or only bid, is by definition at market value and consequently does not contain State aid. Alternatively, to exclude the existence of aid when a sale of land is conducted without an unconditional bidding procedure, an independent valuation should be carried out by one or more independent asset valuers prior to sales negotiations in order to establish the market value on the basis of generally accepted market indicators and valuation standards. The valuer should be independent in the execution of his tasks, i.e. public authorities should not be entitled to issue orders as regards the result of the valuation. In the case at hand, the municipality of Asker did not arrange for an unconditional bidding procedure nor collect an independent expert evaluation before entering into the agreement. Thus, the existence of State aid cannot automatically be excluded.

In the notification, the Norwegian authorities have submitted three value assessments of the property in question. None of the value assessments were conducted before the option agreement was entered into in 2001.

The first report dated 30 June 2006 was conducted by licensed property surveyors of Verditaskt AS, Takst Senteret and Agdestein ⁽¹⁾. According to this report the estimated value of the land in 2001, the time the option contract was entered into, was NOK 9,6 million, with a possible variation of $\pm 15\%$. However, this appears to be a very approximate estimation.

The Norwegian authorities enclosed with the notification two additional value assessments which TJB Eiendomstaksering — Ek & Mosveen AS — Bjørn Aarvik had carried out on behalf of the municipality. In the first report dated 18 January 2008 ⁽²⁾, the market value of the land in 2007 was estimated at NOK 26 million. As the contract between the municipality and Asker Brygge was entered into in 2001, this price was discounted to 2001 values. The discounted value of NOK 26 million of 2007 using a rate of 5,5 % over 7,5 years was NOK 17 million in 2001.

In the second report dated 16 June 2008 ⁽³⁾, TJB Eiendomstaksering — Ek & Mosveen AS — Bjørn Aarvik estimated the market value of the land in 2007 at NOK 12 million. The discounted value of NOK 12 million of 2007 using the same discount rate as before (i.e. 5,5 % over 7,5 years) corresponded to NOK 8 million in 2001. Thus, the discrepancy between the two reports is NOK 9 million for the value of the property in 2001 and NOK 14 million for the value of the property in 2007.

The Norwegian authorities have explained that this difference is based on the estimated value reduction of an additional obligation put upon Asker Brygge with regard to the use of part of the property by Slependsen Båtförening AS ⁽⁴⁾. The option agreement of 2001 includes a clause saying that a part of the property is let to Slependsen Båtförening as a marina for small boats and that Asker Brygge would have to compensate for their right to a small-boat marina/compensation vis-à-vis the municipality of Asker if development of the property started before the rental contract expires. The rental contract expired in June 2009. Furthermore, in clause 3 of the option agreement it is stated that Asker Brygge will, together with the municipality of Asker, reach a satisfying solution regarding the needs of Slependsen Båtförening within the scope of the activity at the time of the agreement.

When the option agreement was entered into in 2001, Slependsen Båtförening paid an annual lease of NOK 19 500 to the municipality of Asker ⁽⁵⁾. Although it was difficult to state the exact economic consequence of the obligation for Asker Brygge at the time the option agreement was entered into,

⁽¹⁾ Enclosure 9 to the notification.

⁽²⁾ Enclosure 5 to the notification.

⁽³⁾ Enclosure 3 to the notification.

⁽⁴⁾ Hereinafter referred to as Slependsen Båtförening.

⁽⁵⁾ This sum was determined on the basis of an agreement signed in 1999 between the Municipality of Asker and Slependsen Båtförening. Enclosure 8 to the letter dated 11.5.2009.

Asker Brygge and Slependen Båtförening signed an agreement on 1 June 2006 according to which the latter was to pay NOK 850 000 (cf. clause 2.4 in the agreement). According to the explanations provided by the Norwegian authorities, the value assessment from January 2008 was based on an incorrect interpretation of an agreement between Asker Brygge and Slependen Båtförening since it did not reflect the obligation to pay NOK 850 000. The asset valuers interpreted the clause in the option agreement in such a way that Slependen Båtförening would have had the right to rent or buy the boat places at market price after the expiry of the rental contract. However, the Norwegian authorities are of the opinion that the sum of NOK 850 000, which represents the fulfilment of the obligation towards Slependen Båtförening, had to be taken into consideration when the market value of the property was assessed for 2001 and 2007. Thus, the municipality of Asker instructed TJB Eiendomstaksering — Ek & Mosveen AS — Bjørn Aarvik to use NOK 850 000 as the basis for the value estimation of Slependen Båtförenings's 65 boat places in their assessment dated 16 June 2008. The Authority considers that this sum is relevant for the assessment of the 2007 property value, as this was known information at the time.

The Authority has doubts as to which of the reports correctly determine the value of the property gbnr 32/17. Furthermore, the Authority notes that the estimations of the different value assessments are not only very different but are also more uncertain due to the fact that they were carried out several years after the option agreement was entered into, and two of them, the year after the sales agreement was entered into. The latest value assessment, the second report, dated 16 June 2008 ⁽¹⁾, carried out by TJB Eiendomstaksering — Ek & Mosveen AS — Bjørn Aarvik, estimated the market value of the land in 2007 at NOK 12 million, which is NOK 3 272 538 more than the price paid. This is an indication that the sale was not carried out at market price and also that the consumer price index was not the correct adjustment index. Thus, the Authority questions whether market price was paid for the property.

1.1.3.2. The value of the interest advantage of the soft loan

According to the Norwegian authorities the interest rate advantage is taken into consideration by the property surveyors in the report of 2006. However, as far as the Authority can see, the interest rate advantage is not mentioned or discussed in the report referred to, nor is it mentioned in any of the other reports.

In the opinion of the Authority, the municipality might have therefore forgone interest payments that a private market player would normally have required. Thus, the Authority has doubts as to whether a private market investor would have accepted the long deferral of payment without interest.

1.1.4. Conclusion on the market investor principle

For the above mentioned reasons, the Authority has doubts regarding the price agreed upon in the option agreement and whether it corresponded to the market price for such an agreement, which should reflect the property value at the time of the agreement combined with the value of the option and the special arrangements granted to the buyer. Moreover, the Authority has doubts regarding the actual price agreed upon in the sales agreement and whether it corresponded to the market price of the property at the time the sales agreement was concluded. Therefore, on the basis of the information provided by the Norwegian authorities, the Authority cannot conclude that the sale of the concerned plot of land gbnr 32/17 to Asker Brygge AS for the sales price of NOK 8 727 462 was carried out in accordance with the market investor principle.

1.2. State resources

In order to qualify as State aid, the measure must be granted by the State or through State resources. The concept of State does not only refer to the central government but embraces all levels of the state administration (including municipalities) as well as public undertakings.

If the municipality sold the land below its market price, it would have foregone income. In such circumstances, Asker Brygge should have paid more for the land and therefore there is a transfer of resources from the municipality.

For these reasons, the Authority considers that if the sale did not take place in accordance with market conditions, State resources within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement would be involved.

1.3. Favouring certain undertakings or the production of certain goods

First, the measure must confer on Asker Brygge advantages that relieve the undertaking of charges that are normally borne from its budget. If the transaction was carried out under favourable terms, in the sense that Asker Brygge would most likely have had to pay a higher price for the property if the sale of land had been

⁽¹⁾ Enclosure 3 to the notification.

conducted according to the market investor principle, and to have paid market interest rates for the loan if it was to borrow the same amount from a bank, the company would have received an advantage within the meaning of the State aid rules.

Second, the measure must be selective in that it favours 'certain undertakings or the production of certain goods'. There is only one possible beneficiary of the measure under assessment, i.e. Asker Brygge. The measure is thus selective.

1.4. *Distortion of competition and effect on trade between Contracting Parties*

The aid must distort competition and affect trade between the Contracting Parties of the EEA Agreement.

A support measure granted by the State would strengthen the position of Asker Brygge vis-à-vis other undertakings that are competitors active in the same business areas of real estate and property development. Any grant of aid strengthens the position of the beneficiary vis-à-vis its competitors and accordingly distorts competition within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement. To the extent that the company is active in areas subject to intra-EEA trade, the requirements of Article 61(1) of the EEA Agreement for a measure to constitute State aid are fulfilled.

1.5. *Conclusion*

For the above mentioned reasons, the Authority has doubts as to whether or not the transaction concerning the sale of the plot of land gbnr 32/17 to Asker Brygge as laid down in the option agreement signed in 2001 and later agreements entail the grant of State aid.

2. **Procedural requirements**

Pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3, 'the EFTA Surveillance Authority shall be informed, in sufficient time to enable it to submit its comments, of any plans to grant or alter aid. [...] The State concerned shall not put its proposed measures into effect until the procedure has resulted in a final decision'.

The Norwegian authorities submitted a notification of the sale of land on 13 February 2009 (Event No 508884). However, the municipality had, in 2001, already entered into an option agreement which determined the future conditions for the sale in March 2007. Moreover, the property was transferred and a soft loan granted to Asker Brygge in March 2007, when the sales agreement was signed, the transaction accomplished and the payment in instalments was agreed. Therefore, the Authority concludes that if the measure constitutes State aid, the Norwegian authorities have not respected their obligations pursuant to Article 1(3) of Part I of Protocol 3.

3. **Compatibility of the aid**

Support measures caught by Article 61(1) of the EEA Agreement are generally incompatible with the functioning of the EEA Agreement, unless they qualify for a derogation in Article 61(2) or (3) of the EEA Agreement.

The derogation of Article 61(2) is not applicable to the aid in question, which is not designed to achieve any of the aims listed in this provision. Nor does Article 61(3)(a) or Article 61(3)(b) of the EEA Agreement apply to the case at hand. Further, the area where the property is located cannot benefit from any regional aid within the meaning of Article 61(3)(c) of the EEA Agreement.

The Authority therefore doubts that the transaction under assessment can be justified under the State aid provisions of the EEA Agreement.

4. **Conclusion**

Based on the information submitted by the Norwegian authorities, the Authority has doubts as to whether or not Asker Brygge has received unlawful State aid within the meaning of Article 61(1) of the EEA Agreement in the context of the transaction regarding the sale of a plot of land.

The Authority has moreover doubts that this State aid can be regarded as complying with Article 61(3)(c) of the EEA Agreement.

Consequently, and in accordance Article 4(4) of Part II of Protocol 3, the Authority is obliged to open the procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3. The decision to open proceedings is without prejudice to the final decision of the Authority, which may conclude that the measures in question are compatible with the functioning of the EEA Agreement.

In light of the foregoing considerations, the Authority, acting under the procedure laid down in Article 1(2) of Part I of Protocol 3, invites the Norwegian authorities to submit their comments within one month of the date of receipt of this Decision.

In light of the foregoing considerations, within one month of receipt of this decision, the Authority request the Norwegian authorities to provide all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the said transaction.

It invites the Norwegian authorities to forward a copy of this decision to Asker Brygge immediately.

The Authority would like to remind the Norwegian authorities that, according to the provisions of Protocol 3, any incompatible aid unlawfully put at the disposal of the beneficiaries will have to be recovered, unless this recovery would be contrary to the general principal of law.

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The EFTA Surveillance Authority has decided to open the formal investigation procedure provided for in Article 1(2) of Part I of Protocol 3 against Norway regarding the transaction concerning the sale of the plot of land gbnr 32/17 to the company Asker Brygge AS by the municipality of Asker.

Article 2

The Norwegian authorities are invited, pursuant to Article 6(1) of Part II of Protocol 3, to submit their comments on the opening of the formal investigation procedure within one month from the notification of this Decision.

Article 3

The Norwegian authorities are requested to provide within one month from notification of this decision, all documents, information and data needed for assessment of the compatibility of the aid measure.

Article 4

This Decision is addressed to the Kingdom of Norway.

Article 5

Only the English version is authentic.

Done at Brussels, 16 December 2009.

For the EFTA Surveillance Authority

Per SANDERUD
President

Kristján Andri STEFÁNSSON
College Member

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN — EAC/10/10

Programm für lebenslanges Lernen — Unterstützung für zwei Wettbewerbe zur Förderung des Sprachenlernens durch kurze audiovisuelle Produktionen

(2010/C 184/07)

1. Ziele und Beschreibung

Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen beruht auf dem Beschluss Nr. 1720/2006/EG über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens ⁽¹⁾, der vom Europäischen Parlament und dem Rat am 15. November 2006 erlassen und durch den Beschluss Nr. 1357/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 geändert wurde.

Ziel dieser Aufforderung ist die Gewährung einer Finanzhilfe für die Veranstaltung von zwei Wettbewerben für kurze audiovisuelle Produktionen, die in zwei aufeinander folgenden Jahren stattfinden sollen (2011 und 2012). Die Wettbewerbe und die daraus resultierenden Produktionen zielen auf die Förderung des Sprachenlernens ab, wobei die Vorteile der sprachlichen und kulturellen Vielfalt in Europa hervorgehoben werden sollen.

Die ausgewählten Produktionen werden dann als Höhepunkt der Aktivitäten zur Verbreitung und Nutzung der Projektergebnisse an dem renommierten Festival PRIX EUROPA teilnehmen.

2. Antragsteller

Einrichtungen in den Bereichen audiovisuelle Produktionen, Werbung und neue Medien, beispielsweise Fachschulen für audiovisuelle Kunst und Werbung, werden Gelegenheit erhalten, die Wettbewerbe zu entwickeln, zu verwalten und zu koordinieren.

Die Antragsteller müssen ihren Sitz haben:

- in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
- den EFTA- und EWR-Ländern: Island, Liechtenstein, Norwegen
- oder in dem Kandidatenland Türkei.

Mit Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Schweiz wird noch über eine Teilnahme an dem Programm für lebenslanges Lernen verhandelt. Eine aktuelle Liste der teilnehmenden Länder finden Sie auf der Website der Generaldirektion Bildung und Kultur.

⁽¹⁾ Beschluss Nr. 1720/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2006 über ein Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:327:0045:0068:DE:PDF> und Beschluss Nr. 1357/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Änderung des Beschlusses Nr. 1720/2006/EG: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:350:0056:0057:DE:PDF>

3. Mittelausstattung und Projektlaufzeit

Die Finanzhilfe wird für beide Wettbewerbe (2011 und 2012) zusammen höchstens 500 000 EUR betragen.

Der finanzielle Beitrag der Europäischen Union überschreitet keinesfalls 75 % der förderfähigen Gesamtkosten.

Die Kommission behält sich vor, nicht alle verfügbaren Mittel zu vergeben.

Die Aktivitäten müssen zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Januar 2011 anlaufen.

Sie müssen bis zum 31. Januar 2013 abgeschlossen sein.

Die Projektlaufzeit beträgt höchstens 24 Monate.

4. Ende der Einreichungsfrist

Die Anträge sind der Kommission bis spätestens 30. September 2010 zu übermitteln.

5. Zusätzliche Informationen

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und die Antragsformulare sind auf der nachstehenden Website zu finden: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/calls/grants_en.html

Die Anträge müssen den Anforderungen laut Volltext entsprechen und sind unter Verwendung der vorgegebenen Formulare einzureichen.

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache COMP/M.5908 — Honeywell/Sperian)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 184/08)

1. Am 30. Juni 2010 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Honeywell International Inc. („Honeywell“, USA) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die Kontrolle über die Gesamtheit des Unternehmens Sperian Protection SA („Sperian“, Frankreich).
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Honeywell: internationaler Konzern mit verschiedenen Geschäftsbereichen (Energie, Sicherheit), u. a. persönliche Schutzausrüstung (PSA),
 - Sperian: globaler Hersteller von persönlicher Schutzausrüstung.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5908 — Honeywell/Sperian per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Veröffentlichung eines Antrags nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2010/C 184/09)

Diese Veröffentlichung eröffnet die Möglichkeit, nach Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 ⁽¹⁾ Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss innerhalb von sechs Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Europäischen Kommission eingehen.

EINZIGES DOKUMENT

VERORDNUNG (EG) Nr. 510/2006 DES RATES**„MIELE DELLE DOLOMITI BELLUNESI“****EG-Nr.: IT-PDO-0005-0776-09.06.2009****g.g.A. () g. U. (X)****1. Name**

„Miele delle Dolomiti Bellunesi“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Italien

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels**3.1. Erzeugnisart**

Klasse 1.4. Sonstige Erzeugnisse tierischen Ursprungs

3.2. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels, für das der Name „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ gilt

„Miele delle Dolomiti Bellunesi“ wird aus Nektar von Blüten aus dem Belluneser Berggebiet und durch Bienen des dort beheimateten Ökotypus von „Apis mellifera“ hergestellt, der aus natürlichen Kreuzungen verschiedener Bienenrassen, insbesondere der Sorten Ligustica und Carnica, entstanden ist; diese Bienenart hat sich im Laufe der Zeit besonders gut an die Gegebenheiten des Belluneser Alpengebiets angepasst und ermöglicht die Gewinnung eines guten Honigertrags.

Je nach den Pflanzen, die zu den unterschiedlichen Zeiten des Erzeugungszeitraums blühen, d. h. dem pflanzlichen Ursprung, ist zwischen verschiedenen Sorten von „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ zu unterscheiden: Millefiori (Tausendblütenhonig), di Acacia (Akazienhonig), di Tiglio (Lindenblütenhonig), di Castagno (Kastanienhonig), di Rododendro (Rhododendronhonig) und Tarassaco (Löwenzahnhonig).

⁽¹⁾ ABl. L 93 vom 31.3.2006, S. 12.

A. Chemisch-physikalische Merkmale

Der Honig aus den Belluneser Dolomiten muss in jedem Fall folgende chemisch-physikalischen Merkmale aufweisen:

Gehalt an HMF (beim Inverkehrbringen) < 10 mg/kg

Die verschiedenen Sorten „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ müssen jeweils folgende chemisch-physikalischen Merkmale aufweisen:

Honigsorte	Wassergehalt (%)		pH-Wert		Fructose und Glukose (%)		Saccharose (%)	
	mindestens	höchstens	mindestens	höchstens	mindestens	höchstens	mindestens	höchstens
Tausendblüten	15	18	3,4	4,4	69	78	0	3,8
Akazie	15	18	3,7	4,1	61	77	0	10
Lindenblüte	16,5	17,8	4	4,1	67	70	0,8	4,6
Kastanie	16,5	18	4,4	5,8	61	74	0	2,4
Rhododendron	16	17,7	3,7	4,2	65	72	0,1	0,7
Löwenzahn	17	18	4,3	4,7	37,8	38,5	0,1	0,4

B. Melissopalynologische Merkmale

Die allgemeine Pollenzusammensetzung ist typisch für die Bergflora. Allerdings muss diese Zusammensetzung in Bezug auf den Blütenursprung der verschiedenen Sorten von „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ folgenden Anforderungen entsprechen:

Honigsorte	Pollen
Tausendblüten	vorwiegend von Löwenzahn, Lindenblüten, Kastanienblüten, Rhododendron, verschiedenen Lippenblütlern.
Akazie	> 30 % von Robinia pseudoacacia L.
Lindenblüte	> 10 % von Tilia spp.
Kastanie	> 70 % von Castanea sativa M.
Rhododendron	> 20 % von Rododendrum spp.
Löwenzahn	> 5 % < 30 % von Taraxacum spp.

C. Organoleptische Merkmale

Diese sind abhängig vom Blütenursprung und deshalb je nach Honigsorte unterschiedlich:

Millefiori (oder Multiflora): hell- bis bernsteingelbe Farbe, süßlicher Geschmack, weiche Konsistenz, ausgeprägte Neigung zur Kristallbildung.

Acacia (oder Robinia): helle, bernsteingelbe Farbe, klar, zarter, sehr süßer Geschmack, Duft nach Robinienblüten, typisch dünnflüssig.

Tiglio: unterschiedliche Färbung (gelb bis grünlich), leicht bitterer Nachgeschmack, frischer, balsamartiger Duft, teigiges Aussehen mit langsamer Kristallbildung.

Castagno: dunkelbraune Farbe, schwache Süße, leichte Bitternote, intensiver und aromatischer Duft, eher flüssig.

Rhododendron: fast farblos bis weiß oder hellbeige nach der Kristallisierung, zarter Geschmack, Duft nach Pflanzen oder Früchten, Aussehen zunächst flüssig und später teigig, feinkörnig.

Tarassaco: Honig mit Gelbreflexen, schwach oder normal süß, in der Regel herb, leicht bitter, adstringierend.

3.3. Rohstoffe

—

3.4. Futter

Erhalten die Bienenvölker zusätzlich Pollenprotein, dürfen hierfür nur Produkte aus Pollen rein lokalen Ursprungs verwendet werden.

Eine gängige Praxis ist das Sammeln von Pollenwaben oder nur von Pollen (mithilfe von Pollenfallen) in Zeiten starker Erzeugung, die getrocknet oder in Gefrierschränken gelagert und zu Zeiten geringeren Pollenangebots wiederverwendet werden.

3.5. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten Gebiet erfolgen müssen

„Miele delle Dolomiti Bellunesi“ wird in dem unter Punkt 4 genannten geografischen Gebiet erzeugt, verarbeitet und aufbereitet.

Die Erzeugung des Honigs erfolgt in feststehenden Bienenstöcken oder solchen, die innerhalb bestimmter Zeitabstände — ausschließlich innerhalb des Erzeugungs-Berggebiets — umgesetzt werden; der Honig wird direkt durch Schleudern der Bienenwaben gewonnen.

Die Honigernte erfolgt in aufeinanderfolgenden Phasen, entsprechend den unterschiedlichen Blütezeiten, damit ein Produkt mit einer spezifischen Blütenart gewonnen wird.

3.6. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw.

Für die Verpackung von „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ werden Glasbehälter mit einem Fassungsvermögen von 250, 500 oder 1 000 g verwendet, die mit einem Metalldeckel verschlossen und mit einem Etikett versiegelt werden. Zulässig ist außerdem die Verpackung von Einzelportionen in Glasdosen, Tütchen, Schälchen oder einem anderen Behälter aus geeignetem Material.

3.7. Besondere Vorschriften für die Etikettierung

Das Logo von „Miele delle Dolomiti Bellunesi DOP“ besteht aus einem unvollständigen Kreisring, der wie folgt gestaltet ist: Im oberen, in grüner Farbe gehaltenen Teil sind in weißen Buchstaben die Wörter „MIELE DELLE DOLOMITI BELLUNESI“ eingetragen, im Inneren des Kreises befinden sich drei unregelmäßige Streifen in gelber, blauer und grüner Farbe mit einer Skizze der drei Gipfel des Lavaredo, die aus Honigtropfen gebildet sind; diese sind mithilfe eines traditionellen Honiglöffels aufgetragen. Im unteren Teil ist in gelben Buchstaben der Hinweis „D.O.P.“, wie nachstehend abgebildet, angebracht. Entsprechend den innerstaatlichen Vorschriften kann außerdem der Vermerk „prodotto della montagna“ (Bergprodukt) angefügt werden.



4. Kurzbeschreibung des geografischen Gebiets

Das geografische Gebiet der Herstellung von „Miele delle Dolomiti Bellunesi DOP“ umfasst die gesamte Provinz Belluno, die vollständig in einem Berggebiet liegt und an den Rändern durch Bergketten eingegrenzt ist, welche eine natürliche Trennung von den Nachbarprovinzen und -regionen und im Norden von Österreich bilden.

5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

5.1. Besonderheit des geografischen Gebiets

Umweltfaktoren

Bei dem Erzeugungsgebiet handelt es sich um ein an Wald- und Weideflächen reiches Berggebiet zwischen Tal- und Höhenlagen mit den typischen bodenklimatischen und ökologischen Merkmalen von Alpenregionen.

In dem Erzeugungsgebiet befinden sich weder größere Industrieansiedlungen noch Intensivlandwirtschaft oder große Verkehrswege, die auch für Imkereierzeugnisse umweltbelastend sein könnten. Dank dieser Bedingungen kann reiner und gesunder Honig gewonnen werden, der frei von Schwermetallen oder Umweltgiften ist.

Die Klima- und Umweltbedingungen des Belluneser Gebiets mit ihren durch historische Aufzeichnungen belegten Durchschnittstemperaturen und -niederschlagsmengen unterscheiden sich stark von den angrenzenden Gebieten des Flachlands und der mittleren Höhenlagen Venetiens und haben einen günstigen Einfluss auf die Nektarerzeugung, die Qualität des Erzeugnisses und seine Haltbarkeit.

Dank der niedrigen Temperaturen und der hohen Niederschlagsmengen verfügt das Gebiet über die stärkste Ausdehnung von Wiesen- und Weidenflächen in der Region, auf der sich eine reiche alpine Pflanzenwelt bildet, die zum großen Teil auf dolomitischem Kalkstein gedeiht und sich aus mehr als 2 200 Arten zusammensetzt (ein Drittel aller Pflanzenarten des gesamten italienischen Gebiets) und es den Bienen ermöglicht, beim Sammeln des Nektars und der Pollen die besten Pflanzen auszuwählen.

Die Belluneser Dolomiten waren schon in früheren Jahrhunderten für den Reichtum ihrer alpinen Wiesen und Weiden berühmt; die Vielfalt und Besonderheit dieser Flora ist einer der wichtigsten wissenschaftlichen Gründe dafür, dass die Parks im Belluneser Gebiet auf Gemeinschafts-, nationaler und regionaler Ebene anerkannt wurden.

Besonders wichtig sind unter den hochwachsenden Pflanzen die Lärchen-, Buchen-, Kiefern- und Nordmannstannenwälder, die das Gebiet prägen. Am Fuße der Felswände erstrecken sich Laub- und Nadelwaldflächen und in den Hochlagen pflanzenreiche Weiden mit zahlreichen einheimischen Arten wie Rhododendron, Distel, Edelweiß und anderen Bergpflanzen. Der Bestand an Gefäßpflanzen in den Belluneser Tälern ist mit mehr als 1 400 Arten von beachtlichem Umfang, wobei es sich zum großen Teil um einheimische, seltene oder pflanzengeografisch wertvolle Arten handelt.

Der vielfältige Boden- und Baumbewuchs gilt als besonders günstig für die Imkerei und Pollenbildung, zu nennen sind u. a. Gewöhnliche Robinie (*Robinia pseudoacacia*), Rhododendron, Löwenzahn, Linde, Erika und Klee sowie eine Vielzahl von Sorten, aus denen Mehrblütenhonig hergestellt wird.

Wichtig ist auch das Vorkommen der für Berggebiete typischen Nektarpflanzen wie z. B. Kastanie (*Castanea Sativa*) und Distel (*Cardus s.p.*), weil der Nektar ein für die Entwicklung des biologischen Zyklus der Bienen notwendiges Nahrungsmittel darstellt. In Diplom- und Forschungsarbeiten wurde nachgewiesen, dass Pflanzen im Hochgebirge mehr Nektar bilden als solche, die im Flachland wachsen.

Menschliche Faktoren

In den Belluneser Bergen war die Imkerei schon immer verbreitet, und in früheren Zeiten erforderten die damals verwendeten Bienenstöcke (*bugni rustici*) bei der Honigernte großes Geschick, wenn die Bienenvölker nicht vollständig zerstört werden sollten.

Auch in schwierigeren Zeiten blieb die Imkerei in diesen Gebieten, zumeist unter Verwendung einfacher Bienenstöcke, weit verbreitet. Mit der Einführung der innovativen Beute „Dadant Blatt“ wurde die Honigernte zwar erleichtert, aber noch heute wird die Imkerei in den Belluneser Bergen in sehr traditioneller Weise betrieben und erfordert von den Erzeugern besondere Fähigkeiten bei der Aufstellung und Pflege der Bienenstöcke, der Erhaltung und Weiterentwicklung der Bienenvölker, beim Ernteverfahren und bei der Wahl des Zeitraums für die Gewinnung der Honigsorten aus verschiedenen Blütenarten oder bei der Anwendung der Verfahren zur Haltbarmachung.

Heutzutage ist der größte Teil der Imker in den Tälern von Belluno und Feltre tätig; daneben gibt es noch zahlreiche Hersteller in Berglagen, die Rhododendronhonig, eine besonders begehrte Honigsorte, herstellen.

5.2. Besonderheit des Erzeugnisses

Die Sortenhonige entsprechen den in dem Gebiet vorkommenden Arten, die aus Sicht des Pollen- und Nektarertrags zu den besten zählen, so etwa Akazie-Robinie, Rhododendron, Löwenzahn, Linde oder Kastanie, die zumeist nur in Berggebieten vorkommen und deshalb den Honig aus den Belluneser Dolomiten so begehrt machen. Die Sorte Millefiori („Tausendblütenhonig“) wird aus einer Vielzahl unterschiedlicher Alpenpflanzen hergestellt, die die Bienen aus den mehr als 2 200 Arten im Belluneser Berggebiet auswählen.

Neben den Vorzügen, die sich aus den verwendeten Blüten ergeben, verfügt der Honig aus den Belluneser Dolomiten noch über weitere wesentliche Eigenschaften wie Reinheit, Bekömmlichkeit und gute Haltbarkeit, was auch durch die niedrigen HMF-Werte belegt wird, einem Ergebnis sowohl der Merkmale des geografischen Gebiets als auch des Könnens der Hersteller.

5.3. Ursächlicher Zusammenhang zwischen dem geografischen Gebiet und der Qualität oder den Merkmalen des Erzeugnisses (im Falle einer g.U.) oder einer bestimmten Qualität, dem Ansehen oder sonstigen Eigenschaften des Erzeugnisses (im Falle einer g.g.A.)

Das bergige Alpengebiet, das sich durch niedrige Temperaturen, hohe Niederschlagsmengen und dolomithaltige Böden auszeichnet, begünstigt die Entstehung einer an Baum- und Bodenvegetation reichen und für die Imkerei besonders interessanten Flora, was das Gebiet um Belluno zu einem geschätzten Gebiet für die Honigherstellung aus ausschließlich oder vornehmlich alpinen Pflanzen macht.

Die im gesamten Jahresverlauf niedrigen Temperaturen, die weit unter dem regionalen oder landesweiten Durchschnitt liegen, wirken sich günstig auf die Qualität des Honigs und seine Haltbarkeit aus, weil sie jede anormale Fermentierung verhindern und dazu beitragen, dass sich die organoleptischen Eigenschaften und die Merkmale der Zusammensetzung über die Zeit besser erhalten.

Die niedrige Belastung durch menschliche Tätigkeiten (Bewohner, Industrie, Verkehrswege), die für Berggebiete typische Randslage und insbesondere die Fähigkeit der Hersteller, ihre auf traditionellem Stand erhaltene Tätigkeit sachkundig auszuüben, ermöglichen die Gewinnung eines im Vergleich zu den Erzeugnissen aus dem Flachland reineren und bekömmlicheren Produkts.

Die Bienenzucht, eine im Belluneser Gebiet schon immer verbreitete Tätigkeit, diene einerseits als zusätzliche Einnahmequelle für die Bewohner, lieferte andererseits in früheren Zeiten aber auch eine Energiereserve für die Ernährung während der Wintermonate, in denen die Bewohner von der restlichen Welt abgeschnitten waren, und außerdem Süßungsmittel in der Küche und für die Zubereitung verschiedener traditioneller örtlicher Spezialitäten. „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ ist mit dieser Etikettierung seit mehr als 35 Jahren im Handel und unter diesem Namen seit Ende der Achtzigerjahre auf zahlreichen Messen und landwirtschaftlichen Veranstaltungen in den örtlichen Berggebieten vertreten, wie die Vielzahl der Auszeichnungen, Aufnahmen von Herstellern, Imkertreffen und Artikeln aus diesem Jahrzehnt belegen. Fotos aus dieser Zeit bezeugen das Renommee von „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ unter verschiedenen Marken und Etiketten. „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ wurde schon immer in vielen typischen Gerichten verarbeitet, als Zutat für Süßspeisen und typische Brote aus Cadore und Ampezzo ebenso wie im typischen Honiglikör und in Verbindung mit den vor Ort hergestellten Käsesorten. Das Erzeugnis wird auch heutzutage von den Verbrauchern sehr geschätzt, insbesondere von den Touristen, die seine Besonderheit anerkennen, es in der Urlaubszeit kaufen, das ganze Jahr über konsumieren und es in allen Regionen Italiens verbreiten.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Spezifikation

(Artikel 5 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006)

Die Verwaltungsbehörde hat das nationale Einspruchsverfahren eingeleitet und den Antrag auf Zuerkennung der geschützten Ursprungsbezeichnung „Miele delle Dolomiti Bellunesi“ im *Amtsblatt der Italienischen Republik* Nr. 285 vom 5. Dezember 2008 veröffentlicht.

Der konsolidierte Wortlaut der Spezifikation ist unter folgendem Link abrufbar:

www.politicheagricole.it/DocumentiPubblicazioni/Search_Documenti_Elenco.htm?txtTipoDocumento=Disciplinare%20in%20esame%20UE&txtDocArgomento=Prodotti%20di%20Qualit%E0>Prodotti%20Dop,%20Igp%20e%20Stg

oder durch direktes Öffnen der Homepage des Ministero delle politiche agricole alimentari e forestali (www.politicheagricole.it), Aufrufen des Felds „Prodotti di Qualità“ (links auf dem Bildschirm) und anschließendes Anklicken des Stichworts „Disciplinari di Produzione all'esame dell'UE (Reg.CE510/2006)“.

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

Europäische Kommission

2010/C 184/09

Veröffentlichung eines Antrags nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

32

Abonnementpreise 2010 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papiaerausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papiaerausgabe + jährliche CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papiaerausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, CD-ROM, 2 Ausgaben pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen CD-ROM.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Im Laufe des Jahres 2010 wird das Format CD-ROM durch das Format DVD ersetzt.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE